

Der Heimatsdienst

Mitteilungen der Reichszentrale für Heimatsdienst, Berlin W 35



Arnold Böcklin (geb. am 16. Oktober 1827)

Arnold Böcklin.

Von Robert Breuer.



(Nach dem Selbstbildnis)

pelle geigt, während ein Engelhub durchs Fenster schaut. Was ist es nun, was diesen Darstellungen seltsamer Vorgänge, ungewöhnlicher Örtlichkeiten und Erscheinungen die Aufmerksamkeit, die Neigung, vielleicht sogar die Liebe weiter Volkstheile gewonnen hat? Irgend jemand hat einmal gesagt, daß er, wenn es ans Sterben gehen sollte, über seinem Bett Böcklins Toteninsel hängen haben wolle: das würde ihm die rechte Stille und zugleich den trostreichen Ausblick geben.

Jenseiter in die Ewigkeit: das ist das Geheimnis dieses Elendes, dessen Sypheas wie eine Mauer stehen, wie ein unberührbarer, heiliger Schutzwall, hinter dem Ruhe und Frieden bereitet sind. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß es solche Erregung der Seele, solches Taufen an die letzten und schwersten Fragen im Menschen, solche Verknüpfung dessen, wozu der Mensch in bitteren und großen Stunden träumt, daß es etwas Fernirdisches ist, was Böcklins Bildern die Herzen gewonnen hat. Das gilt auch für die Heiterkeit, die Böcklin zu vergeben hat. Wenn auf dem „Gefilde der Seligen“ lustige Spiele von Wesen zu sehen sind, die aller Erdschwere ledig zu sein scheinen, wenn die blaue Luft dort keine Sorge und keine Pflicht kennt, wenn auf diesem Blide lächelnder Gleichmut und durchsichtige Klarheit mußieren, so empfindet der Betrachtende eine Jenseitigkeit, wohlthätige Erlesung und eine willkommene Beflügelung. Der Einwand, daß es dergleichen in Wirklichkeit nicht gibt, daß nirgendwo solche Toten-

insel wächst und in keinerlei Gefild der Angstschrei der Kreatur je verhallt sei, daß all diese Eritone und Wasserfrauen, diese Pane und Najaden, die Böcklins Bilder bevölkern, nur in der Vorstellung des Malers gelebt haben, solch Einwand ist bedeutungslos. Es kommt in der Kunst nicht darauf an, ob Forschung, Rechnung und Statistik bezeugen, daß alles wahr und ergötzt ist; es kommt nur auf die Wirkung an, der auf das Echo, das in Menschenbrust gewedt wird, nur auf die Willensregung, die sich aufrichtet und entspannt.

Nun ist aber, wie wir wissen und wie sich nicht leugnen läßt, Böcklin keineswegs so siegreich geblieben, wie man es nach den Wirkungen, die von seinen Bildern ausgehen, vermuten möchte. Im Gegenteil, er ist beinahe in Vergessenheit geraten, und besonders die Kunstkenner, die Fachleute, die Kritiker haben ihn in Verruf gebracht. Man hat geradezu behauptet, daß er überhaupt kein Maler sei, ja, daß er mit der großen Kunst, der Titian, Rembrandt, Dürer und Kiehermann angehöre, nichts zu tun habe. Selbst am war das Schicksal Böcklins. Als er zu malen anfing, stieß er auf Ablehnung, das Publikum ging an ihm vorbei, und nur wie durch einen Zufall fand er einen Mäzen, den Grafen Schach, dessen Aufträge ihn mühsam ernährten. Er hat dann später, durch die Jahre hindurch, Bild auf Bild hinausgeschickt, um immer wieder Hohn und Entrüstung zu finden. Er mußte ein Siebzigjähriger werden, um 1897 durch die bedeutende Ausstellung der Berliner Akademie überwältigenden Erfolg und rauschende Zustimmung zu gewinnen. Die Begeisterung, die damals ausbrach, war so verblüffend, daß ein alter Freund



Arnold Böcklin

Stille zum „Spiel der Wellen“

der Böcklinschen Malerei, der bekannte Leiter der Hamburger Kunsthalle, Lichtward, geradezu Angst bekam: was es wohl mit solchem Rausch auf sich habe. Er bat mit seiner Skepsis nicht ganz unrecht gehabt. Die Massen erwiesen sich als wettwendisch. Es dauerte gar nicht lange, so erhob sich gegen Böcklin ein neuer Sturm der Anfeindung. Julius Meier-Graefe, ein hervorragender Kenner der Malgeschichte, schrieb ein Buch „Der Fall Böcklin“, mit dem er den färbigen Poeten und

Mytiker aus der Gemeinde der Maler austieß. Falsch wäre es, diesen Meier-Graefe schlechtin für einen Tempelschänder und einseitigen Fanatiker zu halten. Man muß wissen, daß er es war, der Erhebliches dazu beigetragen hat, die berühmte Jahrhundertausstellung zusammenzubringen, jene glorievolle Schau deutscher Malerei, durch die die Kunstgeschichte nicht nur um hervorragende Persönlichkeiten bereichert worden ist, von der an die deutsche Malerei überhaupt eine neue Weltgeltung bekam. Was mag es gewesen sein, was diesen Kunst-



Arnold Böcklin

Charon

war nicht nur die Behauptung, nein der Beweis, daß Böcklin mit der Malerei des Impressionismus nicht das geringste zu tun hat. Da muß man sich nun darauf besinnen, was am die Wende des Jahrhunderts die Malweise, die Impressionismus genannt wird, zu bedeuten hatte und worin ihr Wesen besteht. Diese Malerei war wie eine Revolution über die Welt gekommen; sie hatte dennoch eine lange Geschichte hinter sich. Ihre Wurzeln liegen bei dem Holländer Frans Hals, bei dem Spanier Goya, bei den englischen Wirklichkeitsmalern, ihr magischer Zusschwingung vollzog sich in den Werken der unselblichen

franzosen von Courbet bis Corot, von Manet bis Monet, von Degas bis Cézanne. Es war jene Malerei, die darauf bestand, sich von der Natur das Gesetz diktieren zu lassen. Regen sollte nur bei Regen gemalt werden. Monet notierte die Wirkung der Sonne von Viertelfunde zu Viertelfunde. Die letzten Wunder der Atmosphäre, die Dramen der Luft und des Lichtes, waren die großen Themen dieser Maler. Ihre Bilder bekamen außerordentliche Geltung, und sie entsprachen in der Tat dem Bedürfnis der Zeit, tief in die Natur einzudringen und sich ihr mit Inbrunst hinzugeben. Auf diesen Bildern gab es keine Zauberei zu sehen, keine Pferdemenchen, keine Menschenvögel, und doch war in ihnen der Vulkan des Lebens, die Erfüllung aller Träume und Sehnsucht. Mit diesen Bildern, mit der Phalanx von Manet bis Liebermann hat Meier-Graef den Deutsch-Römer Böcklin geschlagen. Es ist beinahe richtig, zu sagen,

freud so leidenschaftlich gegen Böcklin wüßten ließ? Er schrieb, daß das alles nur billige Bühneneffekte, Zirkus und Variété sei, Umnebelung der Sinne, Opium, Sentimentalität, Verlogenheit. Das klingt zwar sehr heftig, war aber noch nicht das Entscheidende. Die eigentliche Waffe Meier-Graefes, die er gegen Böcklin zückte, und die auch traf, verfehlte, ja beinahe tötete, das

daß es für zwei Jahrzehnte als ein Mangel an Kunstverständnis und künstlerischer Kultur galt, Böcklin für schön oder auch nur für interessant zu halten. Wohl hingen seine Bilder in den Museen, wohl dümmerten sie melancholisch gelegentlich auch geliebt und empfunden in der Wohnung des Volkes; aber sie waren ausgeschaltet aus dem Streik der Meinungen und damit aus der Entwicklung der deutschen Malerei.

Wenn nicht alles täuscht, wird sich das Schicksal Böcklins abermals wenden. Schon seit einiger Zeit ist das Dogma des Impressionismus erschüttert; ohne seine Geschichtsbedeutung zu mindern, haben die Pioniere des ewigen Wandels erkannt, daß noch andere Aufgaben von der Kunst gelöst werden müssen. Eine ganze Sturzflut von neuen Problemen ergoß sich über die bildenden Künstler Europas. Trohig setzte man dem Impressionismus den Expressionismus entgegen. Manderlei Verwirrung war in diesen Programmen. Gelegentlich verlegte man sich dazu, die künstlerische Ekstase in den Abstraktionen von Linien, Kurven und mathematischen Formeln zu erschöpfen. Hinter all solchem Fegensabbath, solchem Tummel, aber auch hinter dem ersten Ringen der europäischen Maler, hinter ihren Experimenten und Abenteuern wirkt das Bedürfnis nach einer größeren Universalität als der von Blumen, Heuschabern, Dorfhäusern und Großstadtstraßen. Es scheint sich durchgesetzt zu haben: daß eine gemalte Madonna eben doch ein höherer Wert ist als eine gemalte Mohrrübe. Wobei man freilich nicht vergessen darf, wie Goethe im stillen Anschauen eines Blumentelchens Aeonen des Geistes durchmaß.

Jedenfalls: Böcklin kommt wieder. Den besten Beweis gibt die Ausstellung, die Just in der Berliner Nationalgalerie veranstaltet hat. Das ist nicht etwa nur eine Ehrenerkennung, das ist eine Enthüllung, eine Wiederentdeckung. Das ganze Schaffen Böcklins wird vorgeführt. Wir sehen, wie Italien sich in

dem Träger deutscher Tradition auswirft. Das erste große Erlebnis des jungen Böcklin geschah flüchtig der Alpen. Der Norden hat ihm nichts zu geben vermocht. Auch die Franzosen konnten ihn nicht beeindrucken, haben ihn jedenfalls nur soweit gefesselt, als in ihnen die Ordnung der Klassik gemildert. Antike ist. Der Puls des Blutes aber und der lebende Atem kommt für Böcklin aus Italien; nicht etwa aus der Renaissance oder dem Barock, kaum aus Kunstformen, sondern schlicht aus der italienischen Landschaft, aus der gewachsenen Monumentalität dieser einsamen Räume, aus der milden Pathetik der Bewohner und aus der unendlichen Heiterkeit der Klüfte.

Die deutsche Kunst ist ohne ihre Römer nicht zu denken: Feuerbach, Marées, Böcklin. Später Klinger; vor dem die Nazarener. Mag man sie scheitern, sie für verkappte Philosophen und Prediger erklären, sie sind ein Stück der deutschen Seele.



Arnold Böcklin

Wo laßt die Mu

Bilanz der Genfer Herbsttagung.

Die große Tagung, die hinter uns liegt, hat den Völkerbundrat bei seiner 46. Sitzung vier Wochen lang und die Völkerbundversammlung anläßlich ihrer 8. Zusammenkunft mehr als drei Wochen beschäftigt und dabei 22 Außenminister — soviel wie noch nie zuvor — auf Genfer Boden vereinigt. Beide Völkerbundorgane, die nur im September jeden Jahres nebeneinander tagen, nämlich sich der Rat bekanntlich jedes Drittjahres versammelt, haben diesmal deutsche Sonderfragen von vitaler Bedeutung nicht zu behandeln gehabt, da solche Fragen wie Besatzungsverminderung und Rheinlanddrängung vor den in den europäischen Hauptländern im nächsten Jahre stattfindenden Neuwahlen kaum noch zu lösen sein dürften. Dafür handelte die allgemeine Frage der Sicherheit und Abrüstung, die seit der Londoner Damesregelung der Reparationsfrage die Ziehung der Einzelkräfte innerhalb und außerhalb des Völkerbundes bestimmt, im Hintergrund und bald auch im Mittelpunkt der Verhandlungen. Schon das Leitmotiv: Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Abrüstung, mit dem der Präsident des Völkerbundrates in seiner großen Begrüßungsansprache der Völkerbundversammlung das im Vorjahre geleistete Arbeitspensum erläuterte, zeigte deutlich, in welcher Richtung die diesjährigen Völkerbundarbeiten laufen sollten. Damit erhob sich aber zugleich der durch den englischen Widerspruch schon früher beschworene Schatten des Genfer Protokolls, der dann durch die Kokarnoverträge endgültig beseitigt zu sein schien, von neuem. Ja, es gewann den Anschein, als ob die anwesenden Staatsmänner der Großmächte durch die besonders im Lager der kleineren Staaten befindlichen Anhänger dieses alten Weltparatourismus zu einer erneuten Stellungnahme genötigt werden sollten.

Bei dem gleich zu Beginn der Tagungen auftauchenden Befürchtungen zu einer vermeintlich heftigen Klärung der Sicherheitsfrage liefen freilich verschiedene Gedanken durcheinander, so daß von einem einheitlichen Programm der mit der gegenwärtigen Lage unzufriedenen Mächte nicht gesprochen werden kann. So verfolgten schon die Polen, die von Anfang an einen Vorstoß im Interesse der nach ihrer Ansicht durch den deutsch-polnischen Schiedsvertrag von Kokarno nicht genügend garantierten östlichen Sicherheit im Auge hatten, durchaus keine einheitliche Linie. Vielmehr schwankten sie zwischen Forderungen nach einem allgemeinen Nichtangriffspakt und Bemühungen um die Herbeiführung eines besonderen Ost-Kokarnovertrages, bis sie sich auf den energischen und prompt erfolgten Protest des englischen Außenministers mit der Formulierung einer allgemeinen Erklärung gegen den Krieg begnügten. Mit dieser Entscheidung konnten ihrerseits auch die Kokarnomächte durchaus zufrieden sein, da eine derartige Antinutzungs-Entscheidung, nachdem sie der französischen, englischen und deutschen Delegation zur juristischen Überprüfung und Beratung vorgelegt worden war, bei den nun folgenden Versprechungen so formuliert werden konnte, daß sie für alle Beteiligten tragbar wurde.

Das Zustandekommen eines Ost-Kokarno wurde auf diese Weise jedenfalls vermieden, und damit unterließ auch jeder formelle Vorstoß auf eine friedliche Änderung der deutsch-polnischen Grenze, die mit dem deutsch-polnischen Kokarno-Schiedsvertrag durchaus vereinbar bleibt, alle politischen Befürchtungen wegen kriegerischer Anstrengungen auf die östliche Sicherheit dagegen niemals rechtserfüllen kann. Daß Deutschland am 24. September der ungarischen Antinutzungs-Entscheidung zur einstimmigen Annahme mitwirkte, hatte auch darin seinen Grund, daß es seinen Vertragspartnern jeden Wunsch nach weiterer Festhaltung der Abgrenzungslinie nehmen mußte und fernerhin begründeten Anspruch auf Sicherheits- und Abrüstungsbedürfnisse gegen Deutschland liefern darf.

Parallel zu den politischen Bestrebungen ging ein gänzlich unvorhergesehener holländischer Vorstoß in der Sicherheitsfrage, der ursprünglich den ausgesprochenen Wunsch der Wiederbelebung des Genfer Protokolls verfolgte. Mit Hilfe der auf der letzten Genfer Tagung überhaupt sehr rühmig gewordenen kleineren Mächte gelangte dieser Plan auch in die Kommissionsberatung, bei der er nach offizieller Abwägung des holländischen Delegierten als Material für die Genfer Schlussresolution und für die künftige Abrüstung und Sicherheitsarbeit des Völkerbundes Verwendung fand. Am sich nicht verhehlend wohl seine Völkerbundsmacht den Grundgedanken des Genfer Protokolls, das bekanntlich den Krieg überhaupt verbieten wollte und damit ein Ziel verfolgte, mit dem die jetzt beschlossene Antinutzungs-Entscheidung im Prinzip durchaus übereinstimmt. Wohl aber widerstrebten und widerstreben manche Großmächte aus Souveränitätsgründen, die durch Teilnahme an einem Völkerbundskrieg gegen einen trotz seiner internationalen Vernehmung zum Kriege schreitenden „Angreiferstaat“ illuzoriert werden würden, einem Bündnisfiktum, in das sie das Genfer Protokoll einbinden wollten. Besonders England weigerte sich, derart unüberlegte Verpflichtungen zu übernehmen. Es meldete sogar unter der Ära MacDonald auf der Herbsttagung 1924 seine Vorbehalte gegen das Protokoll an, bis dieses von dem bald darauf folgenden Kabinett Baldwin aus den

selben Gründen zu Fall gebracht wurde. Begreiflicherweise zieht der Engländer die Sicherheit des britischen Völkerbundes, dessen Dominanz unmöglich für alle europäischen Differenzen und Konflikte engagiert werden können, der allgemeinen Sicherheit, wie sie der Genfer Völkerbund im Genfer Protokoll regeln wollte, noch immer vor.

Von der Annahme des Genfer Protokolls wurde freierzeit die Einleitung der allgemeinen Abrüstung abhängig gemacht, die den Besiegten im Versailles Vertrag freierzeit zugesagt worden ist. Nach der Ablehnung des Protokolls ermöglichte Deutschland durch die Kokarnopolitik die Erfüllung dieses lange fälligen Abrüstungsversprechens. Aber erst durch das sogenannte Pfingstförmigpromitt der ersten Abrüstungsvorlesung wurde die erwähnte Verpöpfung von Abrüstung und Sicherheitsfrage beseitigt, indem beide dem Völkerbundrat und jene den Abrüstungsausschüssen zur Weiterbehandlung übertragen wurde. Dem allgemeinen Schrei nach Sicherheit, der nach Abschluß der Kokarnoverträge von den davon angeblich nicht voll befriedigten östlichen Trabanten Frankreichs, wie besonders Polen, aber auch von den auf Ruhland blühenden Randstaaten einschließlich Finnlands und jetzt aus allgemeinen Friedensveränderungen auch von Holland erhoben wurde, hat der Völkerbund auf der jetzigen Tagung mit der Einleitung eines eigenen Sicherheitsausschusses bei der nächsten Abrüstungskonferenz Rechnung getragen.

Gegenüber den Forderungen des Genfer Protokolls, das die Sicherheit vor der Abrüstung regeln wollte, ist dieser Ausweg noch immer ein Fortschritt. Es sei denn, man beharrt auf dem Standpunkt, daß die Sicherheit durch die Kokarnoverträge gewährleistet ist und jetzt durch die Abrüstung der anderen (im Sinne der Bernerischen Erklärung vom 14. September) garantiert werden müsse, nachdem die vollzogene Abrüstung der Besiegten weitere Sicherheitsforderungen unbegründet erscheinen läßt. Andererseits wird der neue Sicherheitsausschuss nicht mehr gegen Deutschland allein Sicherheitspolitik treiben können, sondern auch dem deutschen Sicherheitsbedürfnis dienen müssen, auf das Reichsminister Stresemann in seiner großen Abrüstungsrede vom 9. September zum ersten Male energisch hingewiesen hat. Nachdem Deutschland Mitglied des Völkerbundes ist und nunmehr auf der gegenwärtigen Tagung an allen Arbeiten des Völkerbundes gleichmäßig aktiven Anteil genommen hat, hat es seinen Standpunkt jederzeit zur Geltung bringen können, und es ist zu fragen, wie den Danziger Angelegenheiten, oder in Sachen des Abzuges des für Griechenland in Deutschland gebauten Kriegsschiffes „Salamis“ durch sein Veto zu verhindern verstand, daß — wie früher — einfach gegen Deutschland entschieden wurde.

Außerdem hat Deutschland als Weltpotenz gleiches seines ausreichenden Friedenswillens und um dem noch immer nicht genügend befriedigten Sicherheitsbedürfnis der Welt erneut entgegenzukommen, als eine Großmacht die sogenannte Fakultativklausel unterzeichnet. Es hat sich damit verpflichtet, in Zukunft bei allen Rechtsstreitigkeiten mit Staaten, die der Klausel ebenfalls beigetreten sind, den Schiedspruch des Haager Schiedsgerichtes anzunehmen. Mit diesem Beitritt Deutschlands zur sogenannten Fakultativklausel der Satzung des Ständigen Internationalen Völkerbundgerichtshofes im Haag, die darum „Fakultativklausel“ heißt, weil sie den Beitritt zur o. l. i. s. d. e. n. Schiedsgerichtsbarkeit des Haager Gerichtshofes in das freie Ermessen der Mächte stellt, hat Deutschland auf der Genfer Tagung der Sicherheitsdebatte eine praktische Wendung gegeben, die hoffentlich mehr Nachahmer als nur Lobredner findet, und auch Rumänien nach seiner Haltung gegenüber dem Haager Urteil zu seinem Optantenrecht mit Ungarn als Vorbild dienen könnte!

Erreicht hat Deutschland bei der ganzen komplizierten Verhandlungen zur Frage, daß die Abrüstungskonferenz, die seit Cecil und Joazeffs Glanz auf der Völkerbundarbeit nach dem Scheitern der Genfer Seearüstungskonferenz im Sande zu verlaufen drohte, im November dieses Jahres planmäßig wieder zusammenzutreten wird. Diese vierte Abrüstungsvorlesung wird freilich belastet sein durch das neue Studienkomitee zur Sicherheitsfrage, das allerdings nur parallel zur Abrüstungsarbeit des Völkerbundes zu arbeiten hat und nicht Einfluß zu nehmen befugt ist auf die Debatten dieser neuen Vorlesung zur großen Abrüstungskonferenz, deren Zusammenkommen somit wieder in den Bereich des Möglichen getreten ist. Ob das Studienkomitee dem Genfer Protokoll, für das sich auf der Herbsttagung bei den kleineren Mächten sogar Stimmung zeigte, zu neuem Leben verhelfen wird, oder ob sich die allgemein gehaltene Genfer Resolution dieses Konglomerat französisch-polnisch-holländisch-norwegisch-deutscher Auslegungsfälle als wirksamer Ersatz erweisen wird, als der sie gedacht gewesen ist, bleibt abzuwarten.

Nach sonst hat sich die Bedeutung der kleinen Mächte für die künftige Völkerbundpolitik diesem deutlich abgelesen. Ihre einstimmige Ablehnung der Geheim- und Sonderabreden der Großmächte, besonders der Kokarnomächte, neben den Völkerbundarbeiten, machte sich schon auf der vorjährigen Herbsttagung bemerkbar, u. a.

auch durch die Stellung Finnlands zu Artikel 16 der Völkervereinbarung und durch die dabei von den Skandinavischen Mächten zu den skandinavischen Mächten (für den Fall des Ausbruchs eines Völkervereinbarungsvertrages gegen einen, wie treffend bemerkt wurde, wohl leicht definierbaren, aber schwer feststellbaren „Angriffsverstoß“). Bei der jetzigen Lageung brach diese Mißstimmung, deren Grundlosigkeit wegen der auch den kleinen Mächten erlaubten Gruppenbildung außerhalb der eigentlichen Völkervereinbarung in Chamberlain überzeugend dargelegt wurde, offen aus. Diese Mißstimmung legte sich nicht nur bei den Gesprächen zum Völkervereinbarungsvertrag für die drei frei gewordenen Sitze hinsichtlich der Niedererrichtung Belgiens, dessen Wiederherstellung als gesichert galt, übergehend durch, sondern sie bestimmte auch die Debatte um die Sicherheits- und Friedensformel, deren Diskussion von den kleinen Mächten entgegen dem Wunsch mancher, z. B. der englischen, Großmacht erzwungen wurde. Vom Standpunkt einer demokratischen Ausgestaltung des Völkervereinbarungsvertrages, die die letzten Reste der ursprünglichen Stützbasen der Genset Liga beseitigen müßte, ist diese Entwicklung nur zu begrüßen, obwohl diesem Mehrheitsfaktor auch insofern Gefahren innewohnen können, als er leicht einmal von einer Großmacht oder Interessentengruppe für eigenmächtige Zwecke mißbraucht werden

könnte. Auf der gegenwärtigen Tagung hat sich indes die Politik der kleineren Mächte, die vermutlich erst auf der nächsten Hebungung zu voller Entfaltung gelangen wird und erst dann ihre abschließende Beurteilung finden kann, im allgemeinen als heilsam und nützlich erwiesen.

Zu registrieren wäre noch, daß Deutschland mit der Ernennung des Geheimrats Kapp seinen Einzug in die koloniale Mandatskommission genommen hat, womit ihm die Gleichberechtigung bei der Begutachtung der Verwaltung der Kolonialmandate seitens ihrer Treuhänder, und zunächst nicht mehr, zugesichert worden ist. Weiterhin die Debatten über die Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenzen, deren Bedeutung für das Zustandekommen des deutsch-französischen Handelsvertrages vom deutschen Reichspräsidenten, Reichsminister Stresemann, hervorgerufen wurde, sowie die Verhandlungen über die Bildung eines neuen Wirtschaftsausschusses zur Durchführung der Beschlüsse dieser Konferenz. Weitere Kommissionsergebnisse auf allen Gebieten der Völkervereinbarung, an denen sich die deutsche Delegation zum ersten Male so weitgehend beteiligte, daß sie nach allgemeiner Ansicht bereits die notwendige Vertrautheit mit dem Gang der Völkervereinbarungsdiskussion erworben hat, können kein allgemeines Interesse beanspruchen.

Was ist ein Konkordat?

Von Prof. Dr. Dr. W. Käher-Greifswald, Mitglied des Preuß. Landtags.

Durch weite Kreise des deutschen Volkes geht eine lebhafteste Bewegung um das Konkordat. Während der katholische Teil es als selbstverständlich ansieht, daß die Beziehungen oder ein Teil der Beziehungen zwischen der katholischen Kirche und dem Staat durch ein neu abzuschließendes Konkordat geregelt werden, ist in evangelischen Kreisen eine heftige Gegenbewegung im Gange mit der Parole „Gegensatz der Kirche“. Worum handelt es sich dabei? Was ist ein Konkordat?

Durch die geschichtliche Entwicklung sind eine große Zahl von Berührungspunkten zwischen Staat und katholischer Kirche entstanden, die von der Eigenart der katholischen Kirche und der in den einzelnen Ländern außerordentlich verschiedenen Gestaltung des Staates ihre besondere Prägung erhalten. Die Grenzen der beiderseitigen Wirksamkeit und Mächtigkeiten haben stark gewechselt und sind auch heute noch sehr verschieden. Wenn man bedenkt, daß bis in den Anfang des 19. Jahrhunderts geistliche Staaten in Deutschland bestanden, daß das gesamte Unterrichts- und Schulwesen in der katholischen Kirche war, daß auch heute noch durch die Erteilung des Religionsunterrichts in den öffentlichen Schulen enge Verbindungen zwischen Staat und Kirche auf diesem Gebiet sich ergeben, so hat man einen Eindruck davon, daß auch bei einem grundsätzlichen Streben nach einer Trennung von Staat und Kirche tatsächlich vieles zu regeln ist, was an Lebensinteressen beide Teile gleichmäßig angeht.

Es ist nun sehr wohl möglich, daß die Regelung dieser Gebiete einseitig vom Staat vorgenommen wird. In der Regel wird das geschehen, um den Einfluß der Kirche einzuschränken oder auszuschalten. In diesem Sinn ist das Trennungsgesetz von 1906 in Frankreich erlassen, wo ehemals schon in den achtziger Jahren die Trennung von Kirche und Schule durchgeführt war. Eine einseitige staatliche Regelung kann aber auch ohne Verletzung kirchlicher Belange vorgenommen werden, wie es — freilich nach vorausgegangener Verständigung mit der katholischen Kirche — in Württemberg 1924 gescheh. Nicht mehr als einseitige staatliche Regelung kann der Weg angesehen werden, welchen Preußen 1821 einschlug. Es fanden diplomatische Verhandlungen statt, deren Ergebnis wurde beiderseits selbständig dementsprechend: durch die Kurie in der Bulle de salute animarum vom 16. Juli 1821 und durch Königlich-kabinettsorder vom 25. August 1821 in der Gesetzform, hier mit folgender Einleitung: „Da die Bulle nach ihrem wesentlichen Inhalt mit jener Deklaration zusammenstimmt, die unter dem 25. März . . . getroffen, auch von mir bereits . . . genehmigt worden ist, so will ich auch dem wesentlichen Inhalt dieser Bulle . . . meine königliche Billigung und Sanction erteilen, kraft deren diese Verfügungen als bindendes Statut der katholischen Kirche des Staats von allen, die es angeht, zu beachten sind.“

Dieses Vorgehen ist von dem Abgleich eines Konkordates nur noch in der Form unterschieden, und die Ansicht wird oft vertreten, daß der Unterschied der Form an der Sache nichts ändert. Andererseits findet man aber auch die Ansicht, daß gerade die besonders feierliche Form des Vertragsabschlusses das Wesentliche an sich hat. Seit 1948 versteht man unter einem Konkordat eine Vereinbarung der katholischen Kirche mit einem Staat über die Verhältnisse der in diesem Staat lebenden Katholiken.

Welche rechtliche Bedeutung ein solcher Vertragsabschluß hat, darüber ist in der Theorie viel Streit, während in der Praxis sich

die Dinge tatsächlich sehr viel einfacher gestalten. Auch die von der Kurie vertretenen Grundfälle sind in der Handhabung der Konkordate vielfach nicht von ihr innegehalten worden. Aber diese theoretischen Meinungsverschiedenheiten spielen in der heutigen Betrachtung eine solche Rolle, daß sie hier kurz angeführt werden müssen. Zunächst sind die drei Vertragstheorien. Nach ihr ist das Konkordat ein „differenzieller oder öffentlich-rechtlicher Vertrag, weil die Kurie eine einem Staat gleichartige Stellung im Völkerrecht einnimmt. Völkervereinbarungsverträge sind für die Bürger eines Staates nur verbindlich, wenn sie durch den Staat ordnungsmäßig verkündet werden, oder können sie also für die katholischen Bürger des Staates nicht Rechtskraft erlangen. Demgegenüber wird die Legaltätstheorie vertreten, welche die staatliche Souveränität in den Vordergrund stellt. Vom Standpunkt katholischer Dogmatik wird dagegen die Privilegiertentheorie verteidigt, welche dem Papst die unbedingte Gesetzgebungsmacht über die kirchlichen Angelegenheiten der Glieder der katholischen Kirche in allen Staaten zuerkennt und daher das Konkordat als ein Privatrecht bezeichnet, das der Papst aus freiem Entschluß feststellt. Über einen der beiden letztgenannten Standpunkte annimmt, leugnet also den rechtlich verbindlichen Charakter des Konkordates für Staat oder Kirche und spricht ihm nur eine moralische Verbindlichkeit zu.

Tatsächlich sind in den letzten hundert Jahren sehr viele Konkordate abgeschlossen, oder auch von beiden Teilen aufgehoben worden. Von dem Weltkrieg 3. 1801 mit Frankreich, 1821 mit Preußen, 1824 mit Hannover, 1835 mit Österreich, 1837 mit Württemberg, 1859 mit Baden, außerdem mit einer Reihe anderer europäischer Staaten. Österreich hat das Konkordat 1871 aufgehoben, Frankreich das von 1801 im Jahre 1905. Nach dem Weltkrieg hat Papst Benedikt XV. erklärt, daß durch den Krieg hervorgerufenen staatlichen Grenzveränderungen und Verfassungsänderungen die betreffenden Konkordate hinfällig gemacht hätten. Trotzdem gilt z. B. das französische Konkordat in Elsass-Lothringen weiter.

Im Deutschen Reich hat die Weimarer Verfassung zwei Gebiete grundlegend verändert, welche für eine Regelung durch Konkordat in Betracht kommen können. Einmal ist das Verhältnis von Staat und Kirche neu geordnet worden. Zwar ist die Trennung von Staat und Kirche nicht in vollem Umfang angeordnet oder vorgenommen. Wohl aber sind die Staatshoheitsrechte weitgehend aufgehoben. Die Kirchen haben das Recht zur selbständigen Ordnung und Verwaltung ihrer Angelegenheiten innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes, sie besitzen Ämter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinden. Die finanziellen Verpflichtungen des Staates bleiben aber bestehen bis zu ihrer grundsätzlichen für Staat zu ordnenden Ablösung. — Ferner sind im Schulwesen grundlegende Neuordnungen vorgenommen. Die christliche Schule ist nicht mehr die Regel, sondern neben ihr stehen die Sammel-(Gemeinschafts-)schulen und die weltlichen Schulen. Für die christlichen und die Sammel-schulen bleibt der Religionsunterricht oberflächlich bestehen. Er ist unbedeutend der Aufsichtsbereich des Staates in Übereinstimmung mit den Grundfäden der Kirche zu erteilen.

Die Möglichkeiten für eine Vereinbarung zwischen dem Staat und der katholischen Kirche, die in dieser durch die Weimarer Verfassung erfolgten Neuordnung gegeben sind, bestehen sich also einmal auf die Einschränkung gewisser Staatshoheitsrechte bei der Unter-

befegung, ferner auf die finanziellen Regelungen und endlich auf den Religionsunterricht. Von diesen Fragen waren früher im Wege der Vereinbarung geregelt worden die beiden ersten, so daß es nahe liegt, sie auch jetzt auf gleichem Wege zu ordnen. Bezüglich des Religionsunterrichts ist dies durch die in der Weimarer Verfassung vollzogene grundsätzliche Entschärfung des Staates nahegelegt. Da die Reichsverfassung aber nur Grundzüge aufstellt, drängt diese grundsätzliche Forderung zur Ausführung in den Ländern. Bei der Eigenart der zu regelnden Verhältnisse kann dies ohne Einverständnis der Kirche nicht geschehen, wenn eine auf die Dauer bedeutsame Regelung erreicht werden soll, und so sehen die Dinge nach der Eigenart der katholischen Kirche zwangsläufig auf ein Konkordat hin.

Aus dem seit dem Weltkrieg abgeschlossenen Konkordate läßt sich ein Bild gewinnen von dem, was die katholische Kirche heute in einem solchen sich zu sichern wünscht und was sie dem Staat einzuräumen bereit ist. Freilich wird man dabei immer beachten müssen, daß die Staaten sehr verschiedene Verhältnisse, verglichen untereinander und mit Deutschland, aufweisen, und daß die Stellung der katholischen Kirche in diesen Ländern eine sehr verschiedene ist. So ist in Polen verfassungsmäßig der katholischen Kirche die „Hauptstellung“ unter den Bekenntnissen eingeräumt, in Kettland dagegen hat sich 360 evangelische und 100 katholische Gemeinden gegenüber. Von den deutschen Ländern aber hat Preußen 66 v. H. Evangelische, Bayern dagegen 71 v. H. Katholiken.

Die Kurie hat mit Kettland 1922 und mit Polen 1925 Konkordate abgeschlossen. Außerdem unterscheiden sich beide wesentlich dadurch, daß das lettische Konkordat in einfacher Form abgefaßt und zunächst nur auf drei Jahre gültig ist, aber stillschweigend weiterlaufen kann, während das polnische Konkordat die feierliche Form zeigt. Beide Konkordate stimmen in vielen Punkten überein: die katholische Kirche erhält völlige Freiheit der Religionsübung und die Rechte der Korporation. Die Kirche hat harten Einfluß auf die Schule, in Kettland erhält sie das Recht, konfessionelle Schulen zu unterhalten. Die staatliche Rechtspflege nimmt Rücksicht auf die Personen geistlichen Standes, selbst beim Strafprozeß. Im lettischen Konkordat wird eine uralte evangelische Kirche dem neugeschaffenen Erzbistum überwiesen. Diesen Konfessionen des Staates stehen solche der Kirche gegenüber: Erzbischöfe und Bischöfe müssen die betreffende Staatsangehörigkeit besitzen; vor ihrer Ernennung kann die Regierung Einwendungen politischen Charakters erheben; sie haben einen staatlichen Erwerb zu leisten. In Polen dürfen nur Polen Pfarren werden, die ihre theologische Ausbildung in polnischen oder päpstlichen Instituten erhalten haben; Personen, deren Tätigkeit der Sicherheit des Staates widerspricht, sind vom Pfarramt ausgeschlossen. Die Kirchenbesitze werden nach nationalen Gesichtspunkten abgegrenzt. Alles in allem wird national-polnischen Beziehungen eine große Berücksichtigung zuteil.

für die deutschen Verhältnisse ist einerseits der Inhalt der preussischen Vereinbarung von 1821, andererseits das bayerische Konkordat von 1924 von besonderer Bedeutung.

Für Preußen wurden 1821 geregelt die Errichtung, die Dotierung und Befugung der Erzbistümer, Bistümer, Domkapitel und Seminare. Der Staat übernimmt die Zahlung von Mitteln, welche deren Bedürfnisse völlig decken. Die Bewerber um Bischofsämter mußten die Staatsangehörigkeit besitzen. Aus der vom Domkapitel überreichten Liste konnte der König die ihm nicht genehmen Kandidaten freizeichnen. Die Bischöfe leisteten einen Treu- und Gehorsamseid gegen den König und einen Eid auf die Staatsgesetze. Dagegen sollte an den katholischen theologischen Fakultäten niemand angestellt werden ohne Rücksprache beim Bischof, der wegen erblicher, die Sekte oder den Lebenswandel betreffenden Vorbehalten die Anstellung ablehnen konnte.

Das bayerische Konkordat enthält sehr viel ausführlicher und weitergehende Bestimmungen. Geregelt wird die verfassungsmäßige Stellung der katholischen Kirche. Sie hat das Recht, im Rahmen ihrer Zuständigkeit für ihre Mitglieder bindende Gesetze und Anordnungen zu treffen. Die Orden und Kongregationen genießen völlige Freiheit. Der Bischof hat gegenüber Professoren der „kathol.“ Theologie ein Einspruchs- und Aufsichtrecht; bei Beantragung ihrer Lehre muß der Staat ihr Erlaß folgen. Auch auf Professoren der Philosophie und Geschichte in München und Würzburg hat die Kirche Einfluß. Sehr eingehend wird die Eingangsfrage der Kirche auf das Unterrichtswesen geregelt. Die Lehrer an den katholischen Volksschulen bedürfen der missa canonica. Geregelt wird der Religionsunterricht an den höheren Schulen, die Bekenntnisschule, die Lehrerarbeit an diesen Schulen, die Beschäftigung und Leitung des Religionsunterrichts durch die Kirche. Der Bischof hat ein Beaufsichtigungsrecht bei Missständen im religiös-ethischen Leben der Schüler und bei ihrer nachteiligen oder ungebührlichen Beeinflussung in der Schule. Die finanziellen Verpflichtungen des Staates werden festgelegt und gesichert. Die Ausübung der Bistümer wird umschrieben. Kirchenämter dürfen nur an deutsche Staatsangehörige verliehen werden, die die Reife eines deutschen höheren Lehramts besitzen und an einer deutschen oder päpstlichen Hochschule studiert haben. Bei der Ernennung der Bischöfe hat der Papst völlige Freiheit, nur wird er sich vor der Vereinfachung der Ernennung bei der Regierung verständigen, daß gegen den Kandidaten Einwendungen politischer Art nicht erhoben werden können. Bemerkenswert ist, daß gleichzeitig mit dem Konkordat analoge Verträge mit den evangelischen Kirchen Bayerns abgeschlossen und durch Bundesgesetz gleichzeitig mit dem Konkordat bekanntgegeben sind.

Die Viehhaltung in der deutschen Landwirtschaft.

Von Dr. Ernst Kaseh.

I. Landwirtschaftlicher Viehbestand allgemein.

Die Tierhaltung bildet einen wesentlichen Bestandteil unserer Landwirtschaft. Von der landwirtschaftlichen Betriebszählung am 16. Juni 1925 wurden in den Wirtschaften, die eine „landwirtschaftliche benutzte Fläche“ — d. h. Acker-, Gartenland, Weinberg, Wiesen und gute Weiden — innehaben, im heutigen Reichsgebiet ohne Saar-gebiet festgefaßt¹⁾:

5 318 859 Pferde	= 23 v. H. mehr als 1907
17 364 342 Stck. Rindvieh	= 0,7 „ weniger „
6 052 231 Schafe	= 24 „ weniger „
12 974 706 Schweine	= 21 „ weniger „
3 553 399 Gänse	= 7,5 „ mehr „
56 891 457 Vögel	= 4,7 „ weniger „
8 439 922 Enten	= 18 „ mehr „
3 019 019 Enten	= 16 „ weniger „

Es liegt zunächst nahe, diese Zahlen über die Größe des landwirtschaftlichen Viehbestandes mit den Ergebnissen der allgemeinen jährlichen Viehzählung vom 1. Dezember zu vergleichen, um so zahlenmäßig genau festzustellen, wieviel Nutztiere auch außerhalb der Landwirtschaft gehalten werden. Ein solcher Vergleich muß jedoch unterbleiben, weil die landwirtschaftliche Betriebszählung ihren Stichtag im Sommer, in der Zeit der günstigen Zukunft, hatte, die Viehzählung dagegen im Winter, zur Zeit der häufigsten Schlachtungen, stattfand. Der Großviehbestand ist allerdings von jahreszeitlichen Schwankungen wenig beeinflusst. Wenn deshalb die Viehzählung von

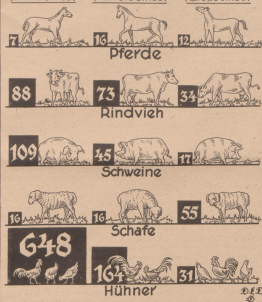
1925 11 v. H. Pferde mehr nachweist als die Betriebszählung, so kann man wohl annehmen, daß dieser Überfluß von rd. 400 000 Pferden die Größe des Pferdebestandes, der außerhalb der Landwirtschaft in Stadt und Land gehalten wird, darstellt. Die in den beiden verschiedenen Erhebungen nahezu übereinstimmenden Angaben über den Rindviehbestand bringen zum Ausdruck, daß Rindvieh fast ausschließlich nur in Landwirtschaft vorkommt. Beim Kleinvieh spielen die jahreszeitlichen Bestandschwankungen schon eine betragsmäßige Rolle, daß z. B. bei Schweinen aus den Ergebnissen beider Zählungen nicht zu ersehen ist, wieviel Stiel auf nichtlandwirtschaftliche Haushaltungen und gewerbliche Schweinefleischereien entfallen.

Es ist bereits oben hinter der von der landwirtschaftlichen Betriebszählung 1925 festgestellten Stückzahl jeder Viehhaltung angegeben, welche prozentualen Veränderungen gegenüber der vorliegenden landwirtschaftlichen Betriebszählung vom 12. Juni 1907 eingetreten sind. Hiernach hat sich der landwirtschaftliche Pferdebestand im heutigen Reichsgebiet nahezu um den vierten Teil vergrößert. Es ist wohl kein Fehlgriff, wenn man annimmt, daß die Pferdeverluste der Landwirtschaft infolge des Krieges bereits mit der Auflösung des alten Heeres, das beträchtliche Pferdebestände abzugeben hatte, zum mindesten ausgeglichen worden sind. Wenn heute der Landwirtschaft weit mehr Pferde als vor dem Kriege zur Verfügung stehen, so erklärt sich dieser Umstand aus der Tatsache, daß die Zahl der Arbeitsmaschinen in der Landwirtschaft, wie z. B. Säe-, Hack- und Mähmaschinen, eine gewaltige Zunahme erfahren hat, ohne daß aber eine entsprechend gesteigerte Anwendung von motorischer Zugkraft mittels Kraftschlepper, Kraftstrawagen u. dgl. eingetreten ist. Demnach mußte notwendigerweise für den Betrieb einzelner Maschinen vermehrte tierische Kraft herangezogen werden. Der gegenüber 1907 unverändert gleichgroße Rindviehbestand entspricht dem heutigen Konsum an Rindfleisch, der nach seinem Abfließen während der Zwangswirtschaft, sich den Verhältnissen der Vorkriegszeit mehr und

¹⁾ Vgl. Reichsergebnisse über die landwirtschaftliche Viehhaltung in der vom statistischen Reichsausschuß herausgegebenen „Wirtschaft und Statistik“, 7. Jahrgang, 1927, Nr. 17, S. 726 ff. (Bericht von Heinz Jobbing, Seite 62 ff.; Sonderveröffentlichung 17). Die Reichsergebnisse über Zahl, Größe, Besitz- und Baulandverhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe waren in „Wirtschaft und Statistik“, 7. Jahrgang, 1927, Nr. 9, S. 394 ff., veröffentlicht und auch in der von der Reichsstatistik herausgegebenen „Statistische Zeitschrift“, Bd. 150, Juli 1927, S. 7 ff., bekannt.

Dichte des Viehbestandes 1925

Auf 100 ha Fläche kommen in Betrieben mit
 unter 5 ha (Kleinbetrieb) 5-100 ha (Mittelbetrieb) über 100 ha (Großbetrieb)



mehr angelegt. Wie der Verbrauch an Schweinefleisch im Jahre 1923 nach hinter dem Vorkriegsverbrauch zurückfiel, so bleibt auch der landwirtschaftliche Schweinebestand um über ein Fünftel hinter demjenigen vom Jahre 1907 zurück. Der von Fählung zu Fählung feststellbare Rückgang im Schafbestand erklärt sich hauptsächlich aus dem zunehmenden Verbrauch ausländischer Wolle und Baumwolle. Die Vermehrung der Ziegen um nahezu eine Viertelmillion legt Zeugnis ab für die Beliebtheit dieser Viehgattung in den Jägers- und Pargellenbetrieben, die zudem heute zahlreicher sind als vor dem Kriege. Der Umfang der landwirtschaftlichen Geflügelzucht hat sich hinsichtlich der Hühner und vor allem der Enten vermindert, bei Gänsen jedoch beträchtlich erhöht.

II. Viehbestand im Klein-, Mittel- und Großbetrieb.

Don der Viehhaltung schließen sich nur sehr wenig landwirtschaftliche Betriebe aus. Abgesehen von den kleinen Wirtschaften mit weniger als 50 a landwirtschaftlich benutzter Fläche, haben 97,3 v. H. sämtlicher von der Fählung erfassten Landwirtschaftsbetriebe mindestens ein Stück Viehgeflügel angegeben. Die viehlosen Wirtschaften sind von Fählung zu Fählung seltener geworden.

Die Viehhaltung im einzelnen Betrieb ist je nach der Viehhaltung und je nach dem Betriebsumfang verschieden. Vom Hundert sämtlicher Betriebe in jeder Größenklasse nach der landwirtschaftlich benutzten Fläche hatten:

Größenklasse	Pferde	Rindvieh	Schweine
unter 0,5 ha	0,4	6,8	36,9
0,5 bis 2 "	4,1	47,9	63,3
2 " 5 "	22,7	95,0	78,6
5 " 20 "	70,6	98,9	91,4
20 " 50 "	98,2	99,2	96,5
50 " 100 "	98,4	98,5	95,5
100 ha und mehr	97,9	97,8	90,5
	98,4	98,3	91,2

Die Mittel- (5 bis 100 ha) und Großbetriebe (über 100 ha) haben fast immer Großvieh und Schweine. In Kleinbetrieben (unter 5 ha) ist das Pferd meistens nicht vorhanden, schon weit mehr aber das Rindvieh und vor allem das Schwein. Die kleinsten Betriebe, die sogenannten Jägersbetriebe, die nur 50 a landwirtschaftlich benutzte Fläche haben, können naturgemäß für die Großviehhaltung

kaum in Betracht kommen. Sie sind jedoch an der Schweinehaltung mit 37 v. H. ihrer Gesamtzahl schon bedeutend beteiligt. Schafe halten 10 v. H. sämtlicher Landwirtschaftsbetriebe, und zwar vornehmlich die Mittel- und Großbetriebe. Dagegen sind in den Kleinbetrieben sehr oft Ziegen vorhanden, während im Mittel- und Großbetriebe Ziegenhaltung selten ist. Mit der Hühnerzucht befaßt sich die Mehrzahl der Landwirte, weniger dagegen mit der Gänsehaltung, der sich erst bei einem Betriebsumfang von über 20 ha der größere Teil der Betriebe zuwendet.

Die Größe des Viehbestandes ist in den einzelnen Betriebsgrößen folgende:

Größenklasse	Pferde 1000 Stk.	Rindvieh 1000 Stk.	Schweine 1000 Stk.
unter 2 ha	65	1 126	2 881
2 bis 5 "	263	2 849	2 027
5 " 20 "	1 469	7 312	4 660
20 " 50 "	857	5 405	2 044
50 " 100 "	264	930	492
100 " 200 "	163	537	260
200 ha und mehr	437	1 207	611

Die Betriebe von 5 bis 20 ha, die sogenannten mittelbäuerlichen Betriebe, die das Übergewicht der Landwirtschaft hinsichtlich ihres Anteils an der landwirtschaftlich benutzten Fläche (36 v. H.) ausmachen, stehen auch hier mit der Größe ihrer Viehbestände an erster Stelle.

Schafe, Ziegen und Hühner sind auf die Größenklassen wie folgt verteilt:

Größenklasse	Schafe 1000 Stk.	Ziegen 1000 Stk.	Hühner 1000 Stk.
unter 2 ha	450	2 789	19 184
2 bis 5 "	308	362	10 052
5 " 20 "	1 158	354	18 262
20 " 100 "	1 316	61	7 772
100 ha und mehr	2 821	7	1 623

Die gegenfällige Verteilung von Schafen und Ziegen kommt hier deutlich zum Ausdruck. Mit der größten Hühnerzahl treten die unteren Größenklassen hervor.

Um die Bedeutung der einzelnen Betriebsgrößen hinsichtlich der Tierhaltung hervorzuheben, hat man des öfteren die Dichte des Viehbestandes an der Größe der Betriebsfläche gemessen. Wenn dies hier der Vollständigkeit halber auch geschieht, so muß doch auf die Mängel

Viehbestand der Landwirtschaften mit mindestens 50 A^r im jetzigen Reichsgebiet 1907 u. 1925



D.L.D.
6

dieser Messung kurz aufmerksam gemacht werden. Die Größe der landwirtschaftlich benutzten Fläche, die zwar die wichtigsten Futterflächen miteinhält, ist nicht allein für die Größe des Viehbestandes ausschlaggebend. In Wirtschaften mit kleiner Betriebsfläche muß sehr oft Futter zur Erhaltung des vorhandenen Viehbestandes hinzugekauft werden, so daß eine auf eigenen Produkten aufgebaute Viehhaltung nicht mehr vorliegt. Demgegenüber widmen sich die größeren Landwirte in erster Linie dem Ackerbau, da mit zunehmender Größe des Viehbestandes, insbesondere des Kleinviehbestandes, das Risiko hinsichtlich Seuchengefahr, Preisstürze u. a. m. wächst, so daß den großen Betrieben naturgemäß eine obere Grenze in der Ausdehnung des Viehbestandes gesteckt ist. Unter diesen Gesichtspunkten sind folgende Zahlen zu betrachten (siehe Tabelle rechts):

Der Pferdebestand ist in den Mittelbetrieben am dichtesten, der Rindviehbestand in den kleinbäuerlichen Betrieben (2 bis 5 ha), während der Bestand an Schweinen und Hühnern seine größte Dichte in den kleinsten Betrieben erreicht.

Auf die in der landwirtschaftlichen Betriebsstatistik 1925 erstmals erscheinenden Altersgliederungen bei Pferden, Rindvieh und Schweinen, ferner auf die Angaben über Fohlengeburten und Zuchtstuten kann hier nicht näher eingegangen werden. Aus den neuen Nachweisungen sei nur hervorgehoben, daß rund 9 Millionen Milchkuhe — das sind 51 v. H. des gesamten Rindviehbestandes — in der Landwirtschaft vorhanden sind, und zwar rund 3 Millionen in den Kleinbetrieben, 3 Millionen in den Mittelbetrieben und schließlich der Rest von rund 1 Million Milchkuhe in den Großbetrieben. In

den unteren Betriebsgrößen werden häufig die Kühe zur Arbeit herangezogen, während in den größeren Betrieben mit über 20 ha aus dem Rindviehbestand hauptsächlich nur Ochsen als Spannvieh verwendet werden. Von sämtlichen Kühen und Färsen (9,9 Millionen) werden 2,2 Millionen Stüd, rund 25 v. H., vor den Wägen gespannt. Von insgesamt 970 000 Ochsen und Bullen sind 544 000 Ochsen oder 56 v. H. Arbeitstiere.

Auf 100 ha landwirtschaftlich benutzte Fläche in jeder Größenklasse kommen:

Größenklasse	Pferde (Stückzahl auf 100 ha landwirtsch. ben. Fläche)	Rindvieh	Schweine	Hühner
unter 0,5 ha	2,1	41	544	2 607
0,5 bis 2 "	4,7	80	132	779
2 " 5 "	9,0	97	69	544
5 " 20 "	16,0	80	51	199
20 " 50 "	16,9	67	40	125
50 " 100 "	15,6	55	29	85
100 " 200 "	13,1	43	21	52
200 ha und mehr	11,2	31	16	25
Zusammen:	13,7	68	51	222

Ein neues Hauptwerk Friedrich Liff's.

Von Professor Friedrich Lenz.



Gerade ein Jahrhundert ist es her, daß Friedrich Liff, unser großer schwäbischer Volkswirt, in Ludwigsburg den ersten Aufbruch seines Systems vorstellte. Er hat drüben in Philadelphia, wo er, der Vertriebene, als Pionier des amerikanischen Eisenbahnbaus und des amerikanischen Goldsystems, eine zweite Heimat gefunden hatte. Aus kleinen Anfängen emporgehoben, hatte er als liberaler Beamter, Professor und Abgeordneter für die Selbstverwaltung und den konstitutionellen Neubau seiner württembergischen Heimat gewirkt, ehe ein politischer Prozeß ihn sein Abgeordnetenmandat und seine Freiheit kostete. So war auch er ein Opfer unserer kleinasiatischen Verfolgung geworden. Als Konflikt der Dreizehnten Staaten nach erfolgreicher Auslandstätigkeit zurückgeführt, fand Liff nirgend, daheim in der Rückkehr, den seine Pläne einer deutschen Heimbauheit und eines nationalen Verkehrssystems forderten. Gerne benutzte man seine technischen und kaufmännischen Erfahrungen in Deutschland, Belgien und Frankreich, in Ungarn und Österreich, ohne daß sich Amt und Anerkennung für ihn fanden. Den Angriffen aus dem Kreise seiner akademischen Fachgenossen erliegend, richtete er schließlich die Waffe gegen sich selbst. An der deutsch-österreichischen Grenze nahe Kuffstein — jener Grenze, die er mit seinen großen Gedanken hatte niederlegen wollen — fand er sein Grab.

Ein deutscher Schicksal, das an Friedrich Liff's freies Gemacht, fand dieser aufrechte und heftigste Mann, dessen schier unzerstörbare Lebensenergie nicht nur in den über zweihundert Schriften seines wissenschaftlichen Lebenswerks erscheint. War er doch der Anreger der deutschen Verkehrseinheit, dem die Stadt Leipzig demnächst, als dem Schöpfer der Leipzig-Dresdener Eisenbahn, ein Denkmal weihen wird, ein Wegbereiter des preußisch-deutschen Zollvereins; als glänzender Journalist, der fast ein Dutzend Zeitchriften und Zeitungen geleitet hat, ist er zugleich der Begründer und erste Syndikus der ältesten wirtschaftlichen Interessenvertretung in Deutschland gewesen, des Handels- und Gewerbetages von 1819. Als Vorkämpfer großdeutscher Gedanken und als Pionier des Auslandsdeutschtums war Liff bis in seine letzten Lebensstage unermüdet tätig für eine deutsche Handels- und Kriegsflotte, für eine

gemeinsame Flotte, Post und Statistik, für Kolonien und für eine einheitliche Leitung unserer Auswanderung. Sein Ideal, das er der reichsständischen Vergangenheit seiner Vaterstadt Reutlingen entnahm, blieb ein großdeutsches Reich mit liberalen Einrichtungen, in seinen Gemeinden und Gliedstaaten korporativ verfaßt, mit allen Organen eines mächtigsten Zentralregimes.

Auf dieser tiefen Grundlage der Familie, der Gemeinde und des Staates, erhebt sich die Nationalwirtschaft. Denn Liff gliedert die ökonomische oder Sozialwirtschaft, wie sie der Schotte Adam Smith gelehrt hatte, dem national geizten und geschäftlich gewordenen Volkswesen ein. So unterscheidet sein nationales System der politischen Ökonomie sich grundlegend von allen rein weltwirtschaftlichen Markt- und Handelslehren, wie sie noch heute in den Manifesten internationaler Handelskammern und Freihandelskongresse herrschen. Wichtig sind ihm vor allem die großen Nationen, an deren Spitze im 19. Jahrhundert England stand und denen er sein Deutschland eingegliedert trachtet. In einer gleichmäßigen Entfaltung von Landwirtschaft und Industrie bewahrt sich die nationale Produktivkraft, deren Hauptgebiet mit ihr ein fruchtbarer Binnenmarkt ist. Für dienen die Erziehungszölle und alle sonstigen Maßnahmen der Handelspolitik, unter denen Liff schon vor 100 Jahren als Erster einen Weltwirtschaftskongreß nennt. Im Kreis solcher gleichberechtigten und gleichgewichteten Großmächte spielt sich die internationale Wirtschaft ab, deren Gesundheit also von der politischen Selbständigkeit ihrer Teilhaber untrennbar bleibt. In dem Liff derart die Nationen als selbständige Persönlichkeiten erfährt, erscheint er uns selber als eine nationale Persönlichkeit in dem internationalen Ausmaß, als eine führende Gestalt in Deutschlands Staat und Wirtschaft.

Wie sollte solchen Gedanken, für die unsere Gegenwart kaum reif ist, ein tragisches Geschick erspart geblieben sein? Liff's Name ist im In- und Ausland den meisten oberflächlich bekannt. Von seinen Schriften aber hat einzig das „Nationale System“ von 1841 mehrere Auflagen erlebt, seitdem das Reich unter Bismarck 1877 vom Freihandel zum Schutz Zoll überging. Wie dem Liff's Pläne für Deutschlands Macht und Einheit, auf dem Grunde des deutschen Zollvereins, erst im zweiten Reich Gestalt gewonnen haben. Da will es ein glückliches Geschick, daß der kürzlich geborenen, „Friedrich Liff's-Gesellschaft o. V.“ ein wertvoller Grund gelungen ist, der unsere Kenntnis des Liff'schen Lebenswerks vertieft und dessen bevorstehende Veröffentlichung im In- und Ausland Aufsehen erregen dürfte. Liff hatte im Jahre 1857 eine Preisfrage der Pariser Akademie der moralischen und politischen Wissenschaften beantwortet, die den Übergang vom Schutz Zoll zum Freihandel und seine Wirkungen auf die Gesamtstruktur der Volkswirtschaft betraf. Zwar hatte Liff für seine Arbeit, die er in der unglücklich kurzen Zeit von rund sechs Wochen fertigstellte, eine lobende Erwähnung seitens der Akademie erhalten; da der Preis jedoch überhaupt nicht verteilt wurde, so blieb die 100 Seiten lange Handschrift in den Akten der Pariser Akademie vergraben und wurde erst vor kurzem aus Tageslicht gezogen.

Es ist unmöglich, den reichen Inhalt dieses zweiten Hauptwerks unseres großen Volkswirts in wenigen Worten auszuschöpfen. So

viel selb gefagt, daß es an systematischer Geschlossenheit Kist's „Nationales System“ erheblich betrifft und alle Kerngedanken seines Schöpfers anfänglich und überzeugend darlegt. Es fehlen jene Bezugnahmen auf Deutschlands handelspolitische Zeitlage, die seinem „Nationalen System“ einen agitativen und selbständigen Einschlag geben. Indem er alle geschichtlichen Erörterungen dem Grundgedanken seines Systems unterordnet, die gewerblich zurückgebliebenen, aber entwicklungsfähigen Völker der gemäßigten Zonen auf die Stufe der wirtschaftlichen „Suprematie“ England zu heben, hat Kist hier ein Werk geschaffen, das allen gewerblich aufstrebenden Völkern bereit gemäßigten Zonen noch jetzt richtungweisend werden kann. Im letzten Teil des Weltkrieges ist ja der Durchbruch, Errichtung eigener Industrien sich von den Monopolen älterer Ausfuhrländer unabhängig zu machen und die nationale Selbstgenügsamkeit der Binnenmärkte zu stärken, zum Kennzeichen der Wirtschaftspolitik geworden. So suchen alle kleineren Volkswirtschaften, von den „Nachfolgestaaten“ Ostasiens und Rußlands bis zur Türkei, Irland und Latein-Amerika hin, aus der Katastrophe des Weltkrieges und der Blockade eine Lehre zu ziehen, wie sie Kist und der Zollverein aus dem Erlebnis der napoleonischen

„Kontinentalperre“ einst gewonnen. Aber auch jene Kolonialländer und Einflußgebiete, die zu Kist's Zeiten in Asien und Amerika noch die unbefriedigte Domäne Europas waren, sind seither zum Bewußtsein ihrer Unabhängigkeit erwacht und versuchen, in Mexiko so gut wie in Indien oder China, eigene Industrien zu entfallen und ihre handelspolitische Selbständigkeit zu gewinnen.

Allen diesen Ländern hat Friedrich Kist Ratsschläge zu bieten, die aus dem gleichen Grundgedanken fließen. Sie alle werden dem Wert, das die friedrich-Kist-Gesellschaft als ersten Teil ihrer zehnbändigen Gesamtausgabe zu veröffentlichen unternimmt, vollste Zustimmung entgegenbringen. Die Deutsche, die wir an friedrich Kist als alles gutzunehmenden haben, dürfen stolz darauf sein, durch ihn der Welt einen Kulturwert von internationalem Rang zu bieten.

Literaturangabe: „Das nationale System der Politischen Ökonomie“, herausgegeben von Prof. Eberberg. J. G. Cotta, 1925. — „Friedrich Kist's kleinere Schriften“, herausgegeben von Prof. Friedr. Kenz. Gullias Fischer 1926. — Kurt Sommer: „Friedrich Kist's System der politischen Ökonomie.“ Gullias Fischer, 1927. — Die Schriften und Mitteilungen der „Friedrich-Kist-Gesellschaft e. V.“ erscheinen im Verlag von Reimar Hobbing.

Heinrich von Kleist.

Geboren am 18. Oktober 1777.

Von Dr. Valerian Cornelius.

Stolz und abseits steht Heinrich von Kleist auf dem deutschen Parnass. Die Literaturhistoriker müßten, wenn sie sein Porträt zeichnen und seine Bedeutung für die Kunst festlegen wollen, ihm ein besonderes Kapitel widmen. Als romantiker — läßt er sich nicht einordnen, denn er gehört zu keiner „Schule“ und bekanntlich nicht zu einer Richtung. Er blieb immer ein Eigenbrötler und wandelte, unbekümmert um den Gesmach seiner Zeit, auf dem Pfade, den ihm seine dichterische Eingebung wies. Er ist die einsamste und auch die tragischste Gestalt unter den deutschen Dichtern.

Verfolgt man den Lebenslauf Kleists, so entdeckt man kaum andere Merkmale als jene, die für einen Märtyrer der Kunst charakteristisch sind: Haber mit dem alltäglichen Dasein, seine Befriedigung im ergriffenen Beruf, rastloses Streben nach hohen, schier unerreichbaren Zielen, Notlage in materiellen Dingen, abwascherliche Unruhe, Liebeswunden, heimliche Geben, Derkannst und vergelien mehr. Man braucht all das, um Kleist nicht auszuhalten, das so oft seinen düsteren Mantel um die Seele des Künstlers schlägt — Kleist ist nichts davon erspart geblieben. früh hat er, der Tradition seiner Familie gemäß, sich dem Heeresdienst gewidmet, sich jedoch unglücklich in diesem Beruf gefühlt, und ist ebenso früh — noch als Zwanzigjähriger — um seinen Abschied eingekommen. Den Offiziersjahren folgte die Studiengzeit, die Beschäftigung mit Mathematik und Philosophie, freilich ohne daß er es in diesen Wissenschaften zu einem Abschluß des Studiums brachte. Sein unruhiger Geist vermog sich nirgendes heimlich zu fühlen. Wie von den fernen gepfeift fließt er von einem Ort zum andern. Da ist er in Paris, da in der Schweiz, dann wieder in Weimar, Dresden, Potsdam. Aber wo er auch weilte, was er auch unternimmt, es fehlt überall seinem Leben und Streben die feste Form. Bald schmiedet er himmelstürmische Pläne, bald will er sich mit dem Ungründelosen befassen, bald möchte er Goethe den Korb von der Stirn reißen, bald den schönen Tod der Schlachten sterben. Obzwar es ihm in diesen unruhigen Wanderjahren nicht gelingt, eine sichere Grundlage für sein Dasein zu finden, so bereichern sie ihn doch in seelischer Hinsicht und geben ihm die Erkenntnis seiner Dichtertalente. Endlich, im Frühling des Jahres 1803, hat er eine bescheidene bürgerliche Existenz: er ist Militär bei der Domänenkammer in Königsberg. Unterhalb Jahre eines ruhigen, an künstlerischer Ausbeute reichhaltigen Daseins wird mit diesem Königsberger Aufenthalt verknüpft. Da reißt die Epiropas von Jena und Muerstadt ihn aus der Enge der Schreibstube fort auf das große Welttheater. Ein glühender Haß gegen Napoleon flammt in seiner Seele auf und bricht sich zunächst in einigen patriotischen Gedichten gewaltig Bahn. Dieser Haß bleibt nicht im Worte stehen, sondern er leidet nach einer Latente Unterdrückung und Emporkömmling zu isten. Aber zur Ausführung kommt das Vorhaben nicht. Statt dessen wird er von den Franzosen als Spion verdächtigt und in die französische Gefangenschaft geschleppt, die er, dank der Bemühungen seiner Schwester Marie, nach einiger Zeit abschütteln darf. Die nächsten Jahre verbringen er größtenteils in Dresden und Berlin. Sie sind reich an

Mißgeschick und Enttäuschungen allerlei Art. Seine besten dramatischen Werke finden keinen Eingang an den Bühnen, und als schädlich für die besterhohene Jugendliteratur, wird die „Geurtale des Dramatikers“ auf die Bühne zu erhalten, als Goethe seinem Bruder einen Stolz gegeben hat und den „Herzoden Kruge“ am 2. März 1808 aufführen läßt, da erlebt der Dichter eine schmachvolle Niederlage. Auch die journalistischen Versuche Kleists, erst in Dresden mit dem „Phönix“, darauf in Berlin mit den „Berliner Abendblättern“, schlagen fehl. Ein Unstern scheint über allem, was er unternimmt, zu walten. Das einzige bleibt ihm noch, wofür er sein Herzbild mit Freuden vergießen möchte, die Freiheit seines Vaterlandes. Und in diesem patriotischen Drang wendet er sich wiederum dorthin, von wo er als blutjunger Mensch ausgegangen war — an den Soldatenstand.

Allein die ägernde und abwartende Haltung Friedrich Wilhelms III. gegenüber Napoleon entspricht nicht dem ungeduldrigen Verlangen des Dichters, das auf ein sofortiges Handeln zielt. Er negiert sich an der Zukunft seines Vaterlandes, und diese trübe feilsche Verfassung trägt nicht wenig zu dem Vorfall bei, seinem Dasein ein Ende zu bereiten.

Selbstvernichtungsgedanken und Todesstimmungen bemächtigen sich seiner oft, und sie tauchen meist in Verbindung mit Beziehungen zu Frauen auf. Auch Kleists Liebesleben war von Tragik umwittert. Es hatte daran wohl die Hauptrolle seine strenge und persönliche Auffassung vom Weiblichen. Den Emanzipationsbestrebungen seiner romantischen Zeitgenossen fand er scharf feind gegenüber. Er nahm einen fast patriarchalischen Standpunkt ein: das Leben der Frau erhalte erst durch die völlige Hingabe an den Geliebten Wert, und selbstloses Aufgehen ihres weiblichen Ichs in der Persönlichkeit des Mannes sei ihre einzige, vornehmste Pflicht. — Mit anderen Worten — nur in dem Kithchen von Heilbrunn ist das wahre Frauenideal verkörpert. Diese Verwirklichung seines Ideals suchte er im Leben und fand sie nicht. Das einzige Mal, wo er dem Ziele seiner Sehnsucht nahe zu sein schien, als die jüngste Tochter Wielands, Maria Luise, seinen Lebenspfad kreuzte —, überwand er sich und ging der in seinem Herzen aufkeimenden Zueignung aus dem Wege. Luise wäre das Mädchen gewesen, das sich für ihn aufgeopfert hätte, wie Ottegebe für den armen Heinrich, und gerade von ihr rief er sich los. Man mag hierbei an ein launiges Spiel des Schicksals denken, aber man wird doch — wenn man Kleists Charakter kennt — diesen Schritt der Abzuehrung durch die feilsche Verfassung des Dichters und durch seine Erfahrungen in der ersten Liebe begründen können. Wilhelmine von Zenge, an die er zuerst sein Herz verlor, war gewiß in landschaftlicher Sinne ein herzliches, gutes Ding, äußerlich zwar keine Schönheit, doch innerlich eine liebreizende Erscheinung mit einem barmherzigen Gemüt, aber ohne jene aus der Welt der Opferungsfähigkeit, wie sie Kleist im „Ewigweiblichen“ suchte. Als er, diesen Mangel erkennend, sich von ihr trennte, brängte sich ihm erstmal das Todesverlangen in seine Seele. „Liebes Mädchen, schreibe mir nicht mehr“, heißt es in seinem Abschiedsbrief, „ich habe keinen anderen Wunsch, als bald zu sterben.“ Der Dichter gab, trotz



391

vielfacher Enttäuschungen, den Gedanken, das aufopferungswillige Weib zu finden, nicht auf. Eine Zeitlang glaubte er es in seiner Kusine Marie von Kleist, die in unglücklicher Ehe lebte, entdeckt zu haben. Er offenbarte er seine tiefsten Gefühle in den schweren Zeiten der Berliner Kämpfe. Marie brachte ihm auch eine zärtliche Freundschaft entgegen und versuchte mit lindender Hand die Sorgenfallen auf der Stirn des Verrats zu glätten. Aber Kleist genügte das nicht; sein Sehnen richtete sich schon nicht mehr auf eine Lebens-, sondern auf eine Sterbensgefährtin. So heilte er an Marie das Zerstören, mit ihm zusammen in einen freiwilligen Tod zu gehen; die Abgabe war, laut jedoch, entschieden. Damit hatte Marie ihre weibliche Größe für ihn verloren, obwohl er ihr gestand, daß sie die einzige sei, der er im Jenseits zu begegnen wünsche. Aber den Weg ins Jenseits trat er mit einer anderen an. Diese neue Gefährtin war Henriette aus Vogels. Als er die bereitwillige Sterbensgefährtin gefunden hatte, sank er morgens und abends auf die Knie, um Gott zu danken, daß er ihm „den wollüstigsten aller Tode vergütet“ habe. Vielleicht ist auch diese letzte Liebe Kleists eine Selbsttäuschung gewesen. Er hielt Henriette für die Ersehnte und Geliebte, für die Frau, die alles offen konnte dem geliebten Mann. Kleist er wog die Ursache, die Henriette zum Lebenenergiebigen bestimmte, zu leicht. Sie war vielleicht eine tief empfindende und selbst bedeutende Frau. Ob ihr jedoch der Gedanke gekommen wäre, ihr Leben aus Spiel zu setzen, wenn sie nicht gewußt hätte, daß ein unheilbares inneres Leiden sie ohnehin bald auf das Sterbebett werfen würde? Denn schließlich soll es ja, wenn man Kleists frühesten Biographen Willen trauen darf, Henriette gewesen sein, die den Dichter zu dem entscheidenden Schritt aufgefordert habe. So waren es doch immerhin zwei verschiedene Motive, welche die beiden in den Tod trieben: hier die körperlich leidende Frau, die von ihren Qualen erlöst sein wollte, dort der am Leben verzweifelte Dichter, der die Daseinsbürde mit leichter Hand von sich warf in dem Gefühl, durch seinen Tod wenigstens einen Trumpf über das Leben auszuspielen. Mit solchem Gleichmut haben sie schließlich die Rechnung mit dem Leben abgeschlossen. Am 21. November 1811 auf dem Ufer des Wannsees geschah die bühnen Katastrophe, bei der Kleist erst seine Freundin, dann sich selbst durch einen Pistolenschuß tötete. An der Stelle, wo der Mord und Selbstmord geschah, wurden sie begraben.



Kleist Schürhaus in Frankfurt a.M. (abgebunden)

In der herrlichsten Blüte des Mannesalters ist Kleist gestorben. Wie immer beim frühen Tod eines Genies, drängt sich uns die Frage auf: Was hätte er noch geschaffen, wenn ihm ein sonstiges und längeres Dasein vergönnt gewesen wäre? Aber genügt nicht das Wenige, das er hinterließ, um seinen Auf als Dichter für die Ewigkeit aufzuheben? Seine Stärke war das Drama. Wohl fehlt die Geschichte dem Hofkammern, der sein Recht mit Gewalt zu er-

kämpfen sucht und dabei selbst ungerecht wird, als unvergänglicher Märchen in unserer Erzählliteratur da, doch gerade im dramatischen Gehalt — sowohl im Aufbau wie in der Plastik der Gestalten — steht ihre machtvolle Wirkung. Und dieses dramatische Empfinden hat Kleist auch in seinen anderen Erzählungen nicht verleugnen können. In seinen Dramen ist der Dichter von einem verzerrten, im Grausigen mit Vorliebe schwelgenden Sturm- und Drängertum ausgegangen. Ihren künstlerischen Ausdruck hat diese unruhige und aufgeregte Epoche durch die „Familie Schroffenheim“ erhalten. Die gleiche elementare, ungezügelter Kraft offenbart noch die „Penthesilea“, doch gleichzeitig macht sich schon das heisse Ringen von Verworrenheit zur Klarheit deutlich bemerkbar. Auch in der „Hermannsschlacht“, diesem lebensschaffendsten Werk germanischen Temperaments und glühender Vaterlandsiebe, herrscht fast das Wilde und Ungezügelter vor. Den Zeitgenossen erschienen diese Werke so fremd und von so wunderbarem Geschick, daß sie nichts mit ihnen anfangen wollten. Die Theaterleiter vertraten die gleiche Ansicht. Goethes mißgünstiger Versuch, daß sie nichts mit ihnen anfangen wollten. Eine Ausnahme machte nur Wien mit dem „Käthchen von Heilbrunn“, dem einzigen der ersten Dramen Kleists, das zu seinen Lebzeiten aufgeführt wurde. Das „Käthchen von Heilbrunn“ hat sich unter allen Kleistschen Dramen die größte Popularität erworben und wird noch heute oft gespielt, obgleich das Frauenideal, das der Dichter in der Götterwelt hingestellt hat, ganz und gar nicht unserem Zeitgeschmack entspricht, und ebenso wie das „Käthchen“ lebt auch der „Prinz von Homburg“ weiter fort, ja er ist das einzige deutsche Drama, das neben dem „Wallenstein“ immer wieder seine massive, unzerstörbare Größe behauptet. Der eigentümliche Militarismus von Kleists engerem Vaterlande, Preußen hat hier ein ungewöhnliches Denkmal erhalten. Gleichzeitig waltet in diesem Drama der Geist von Schill, Schwärz, Stein und den übrigen Freiheitskämpfern, zu denen ja auch Kleist gehörte, dem es leider, verlagert hießen sollte, die Befreiung seines Vaterlandes vom Joch der Fremdherrschaft zu erleben. Etwas abseits von den übrigen Dramen steht „Der zerbrochene Krug“, die schönste Fiktion unserer Kaspelliteratur, ein Stück, das mit richtiger Darstellung mit seinem urkräftigen, herberhässlichen Humor gewiß nie seine Wirkung verliert. Wie vielseitig muß die Seele des Dichters gewesen sein, dem es gelang, so wechselvolle, herrliche Töne anzuschlagen, die in der „Penthesilea“ erregende Schauer wecken, im „Zerbrochenen Krug“ behaglichen Frohsinn erzeugen.



Das Grab oberhalb des Wannsees

Zur Zeitgeschichte

Die Kriegsschuldebate.

Die Erklärung des Reichspräsidenten bei der Einweihung des Tannenberg-Nationaldenkmals hat in der ausländischen Presse ein lebhaftes und vielfach recht unfreundliches Echo gefunden. Das hat Reichsminister Stresemann in Genf dezanah, dem Vertreter des „Matin“ ein längeres Interview zu geben, das auch in der deutschen Presse ausführlich reproduziert worden ist. Der Reichsaussenminister hat sich dabei besonders dagegen gewandt, daß zwischen dem Reichspräsidenten und der Leitung der deutschen Außenpolitik im Ausland vielfach ein Unterschied konstatiert worden ist, außerdem dagegen, daß man so tat, als ob durch die Erklärung des Reichspräsidenten etwas Neues, bisher nie Dagewesenes geschehen sei. Reichsminister Stresemann hat u. a. in die Erklärung von Reichskanzler Dr. Marx am 29. August 1924 erinnert, die in weit schär-

ferer Form zur Kriegsschuldfrage Stellung genommen hat. Auch gegen die Äußerungen von Reichsminister Stresemann ist die ausländische Presse zum Teil scharf zu Felde gezogen. Der belgische Premierminister Jaspard und der französische Justizminister Barthou haben gegen die Erklärungen des Reichspräsidenten und Dr. Stresemanns in öffentlichen Reden Stellung genommen, leider in einer Weise, die außerordentlich bedauerlich ist. Die Erklärungen Hindenburgs und Stresemanns waren in einer ruhigen und feinsinnigen, in der Form ruhigen, während Jaspard und Barthou in den Ton der Kriegsschuldpropaganda verfallen sind. Das scheint doch darauf hinzuweisen, daß bei ihnen der Geist der Verständigung sich noch nicht festgesetzt hat.

Die von beiden Seiten in der Presse vielfach mit Heftigkeit geführte Diskussion in der Kriegsschuldfrage wird bei uns von den einen als höchst notwendig und nützlich, von den anderen als wenig

opportunit oder sogar sehr schädlich angesehen. Bei der Beurteilung dieser Frage muß man verschiedene Dinge auseinanderheften. An und für sich ist es richtig, daß so heftige Presseerörterungen wie die, die sich in der letzten Zeit über die Kriegsschuldfrage entpinnen haben, nicht der Enttarnung dienlich sind, wenigstens nicht unmittelbar. Alle jene, die der Verflämung abhold sind, ergreifen natürlich mit freudiger Gelegenheit, die im Gemüts aufzuregen und Zwietracht zu stiften. Man kann deshalb den Standpunkt bezeugen, daß die Lagen, die sich durch diese Entscheidungen zuziehen, nicht aus der Vergangenheit möglichst vergessen und für eine bessere Zukunft arbeiten, reden wir also von Krieg und Kriegsverantwortlichkeit so wenig als möglich, durchaus verpöblich finden. Jedoch muß man ergänzend dazu gleich folgendes bemerken: Der Schuldpruch von Versailles, der sich sowohl auf die alleinige Verantwortlichkeit Deutschlands für den Kriegsausbruch wie auch auf die Anklage der grausamen und völkerrrechtswidrigen Führung des Krieges bezieht, und der dem deutschen Volke mit Gewalt erpreßt worden ist, besteht nun einmal. Zu ihm zu schweigen, würde als Zustimmung ausgelegt werden können. Außerdem fällt es der Gerechtigkeit gar nicht ein, davon nicht mehr zu reden. Wenn irgendwo in Frankreich oder Belgien ein Kriegedenkmal eingeweiht oder der Jahrestag einer Schlacht gefeiert wird, pflegen dabei Reden gehalten zu werden, in denen die deutsche Verantwortlichkeit im Sinne des Schuldpruchs von Versailles entweder ausführlich geschildert oder doch durch irgendwelche Redewendungen in die Erinnerung gebracht wird. Es liegen sich allein aus den letzten Monaten zahlreiche Äußerungen dieser Art zusammenstellen, von den Denkmalen, in denen dasselbe in Erz und Stein nicht selten der Nachwelt verflämmt wird, ganz zu schweigen. Es steht also jedenfalls fest, daß die Gegenfette nicht daran denkt, das Vergangene vergangen und vergessen sein zu lassen. Da noch lange nicht jede Gemeinde Frankreichs und Belgiens ein Kriegedenkmal besitzt und die Erinnerungsfeste nicht sehr zahlreich wiederkehren, haben wir die erfreuliche Aussicht, bis an unser Lebensende immer wieder daran erinnert zu werden, daß wir angeblich den Weltkrieg herbeigeführt und ihn wie die Wilden geführt haben. Abgesehen davon, daß die Diskussionen über die Opfer, die der Versailles Vertrag Deutschland auferlegt, ihre Erleichterung oder Revision die Gegenfette, wenn ihr die Argumente ausreichen, regelmäßig zur Kriegsschuldfrage zurückkommt, etwa mit der Formel: Was wollt ihr denn nur, ihr habt ja doch den Krieg vom Zaun gebrochen und müßt nun eben die Folgen tragen.

Nach wie aus dem Verflämungsgedanken die weitgehenden Konsequenzen ziehen, ist, müßte mindestens zu erwarten sein, daß auch die Gegenfette schweige. Und hierfür wird vielleicht die aufgewegten Debatten der letzten Zeit nicht ohne Nutzen gewesen. Sie haben dem Ausland gezeigt, daß der Vorwurf, wie er im Vertrag von Versailles und in der Mantelnote gegen Deutschland erhoben worden ist, nämlich der vorsätzlichen, planmäßigen und alleinigen Verherrlichung des Krieges und seiner einseitig völkerrrechtswidrigen Führung durch Deutschland, vom deutschen Volke in seiner Gesamtheit zurückgewiesen wird, und daß es nicht dazu schweigt, wenn dieser Vorwurf bei jeder Denkmals- und Erinnerungsfest wiederholt wird. Vielleicht wird man daraus in ähnlicher Weise, wie das Polwaré sich auf anschießend schon getan hat, die Schlussfolgerung ziehen, künftig zu schweigen. Poincaré, dessen allmonatliche Denkmalsrede weithin früher nicht ohne Erwähnung der deutschen Kriegsschuld möglich war, hat kürzlich an einem Sonntag drei Denkmalsreden gehalten, in denen von deutscher Kriegsschuld nicht die Rede war. Man kann nur hoffen, daß andere Leute sich daran ein Beispiel nehmen werden.

Frankreich und Rußland.

In den französisch-rußischen Beziehungen haben sich in den letzten Wochen Schärferungen gezeigt, die man in Deutschland beachten muß. Bei dem Denkmal, das dem wie seit Zapala zu Zuz, Lande steht, und bei dem gegenwärtigen Stand der deutsch-französischen Beziehungen könnte uns eine wesentliche Veränderung der französisch-rußischen Beziehungen keineswegs gleichgültig sein. Um eine solche handelte es sich aber in der letzten Zeit. Die Frage, die ganz offen gestellt und besprochen wurde, war die, ob Frankreich seine Beziehungen mit Rußland abbrechen bzw. ob es wenigstens auf Rückberufung des gegenwärtigen russischen Botschafters in Paris, Rakowski, bestehen würde. In der französischen Presse entwickelte sich noch einmal eine lebhafteste Kampagne gegen Sowjetrußland. Sie setzte ein, als bekannt wurde, daß Rakowski eine von der Dritten Internationale ausgehende Erklärung mitunterzeichnet habe, durch die für den Fall eines Krieges gegen Sowjetrußland die Soldaten der gegen Rußland stehenden Armeen aufgefordert wurden, mit dem Rußen gemeinsame Sache zu machen.

In dieser Pressekampagne liefen verschiedene Strömungen neben und durcheinander. Einmal jene der Feinde, die von jeder gegen diplomatische Beziehungen mit Sowjetrußland gewesen sind. Bekanntlich erfolgte die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland durch Herriot nach dem Wahlsieg der Linken im Frühjahr 1924. Die französische Rechte hat das scharf bekämpft.

Nachdem sie unter Poincarés Kabinett der nationalen Einigung wieder den starken Einfluß in der Regierung hat, kann man wohl sagen, daß sogar einige Mitglieder des Kabinetts gegen die Beziehungen mit dem Sowjets sind. Als der Bruch Englands mit den Rußen vor einiger Zeit erfolgte, traten die französischen Rechtsfraktionen, deren publizistische Vertreter „Journal des Débats“, „Intransigeant“, „Echo de Paris“, „Avenir“, „Liberté“, „Action française“ und auch der „Temps“ sind, energisch dafür ein, daß Frankreich dem englischen Beispiel folge. Selbst das, was die Agitation dafür nicht aufgehört. Eine besondere Rolle spielt dabei die „Matin“. An ihm ist die Standard Oil Company maßgeblich finanziell beteiligt. Damit kommen wir zu der zweiten bei der antirussischen Kampagne in Frankreich beteiligten Strömung. Bekanntlich hat beim Abbruch der englisch-französischen Beziehungen die Einwirkung des Petroleumkapitals (Shell-Royal Dutch) hinter den Kulissen eine erhebliche Rolle gespielt. Derselben Interessen wirken im „Matin“. Für Frankreich hat das Petroleum in diesem Zusammenhang noch eine besondere Bedeutung. Bei den Verhandlungen, die zwischen Frankreich und Rußland seit Jahren über die Rückzahlung der russischen Forderungen in Frankreich, über die Entschädigung für das in Rußland „nationalisierte“ französische Eigentum, über französische Kredite in Rußland und anderes geführt werden, spielt das Petroleum hinter den Kulissen eine erhebliche Rolle. Die Franzosen möchten vom englisch-amerikanischen Petroleumkapital, auch aus Rüstungsgründen, sich möglichst unabhängig machen. Deshalb spielen Petroleumkonventionen bzw. -lieferungsverträge in die französisch-russischen Verhandlungen fort hinein. Das englisch-amerikanische Petroleumkapital hat natürlich alles Interesse, so etwas zu vereiteln. Es ist ihm auch in der französischen Kinsfrage ganz offen gesagt worden, Herr Deterding, der Leiter des englisch-holländischen Petroleumkonglomerats der Shell-Royal Dutch, habe nämlich Geld in die französische Presse gepumpt und der bekannte kommunistische Abgeordnete Marcel Cachin hat darüber sogar eine Interpellation in der Kammer angestellt.

Eine dritte Strömung für den Abbruch der Beziehungen kommt aus der Armee. Die Kommunisten betreiben in Frankreich eine sehr rührige Propaganda in der Armee, die schon in zahlreichen Fällen zu Insubordinationen, zum Teil größeren Umfanges, geführt hat. Die Kreise, die mit der Armee besonders liiert sind, haben scharfe Maßnahmen gefordert und immer wieder auf die Verantwortlichkeit der Pariser Sowjetvertretung dabei hingewiesen. Als nun bekannt wurde, daß Rakowski eine Mindestentschädigung der Dritten Internationale unterzeichnet hatte, die für den Kriegsfall die Unterzeichnung einer Interdiktions- und Verurteilung der französischen Militärführer, und was mit ihnen zusammenhängend, nicht einmal ins Horn und fagten, steht ihr, das haben wir doch immer gesagt. Die französische Regierung hat, wohl nicht zuletzt auf das Drängen der genannten Kreise, schon verschiedene auf energischen Maßnahmen gegen die kommunistische Propaganda, besonders auch in der Armee, getroffen. Heute steht infolge davon eine große Anzahl zum Teil führender Kommunisten im Gefängnis. Daran ist der französische Innenminister Sarraut, der Radikaler ist, also gerade zu der Partei gehört, deren Wahlkreis zur Wiedereinnahme der Beziehungen mit Rußland geführt hat, führend beteiligt. Natürlich nicht, weil er für Abbruch der Beziehungen wäre, sondern einmal, weil er Mitglied eines stark nach rechts tendierenden Ministeriums ist, zum anderen aber wohl auch aus einem parteitaktischen Grunde. Nächstes Frühjahr finden in Frankreich Neuwahlen zur Kammer statt. Die Kernfrage für die Linke ist, ob es wieder wie 1924 zur Bildung eines Kinskartells kommen wird. Die Radikalen sind dazu geneigt, die Sozialisten scheinen starke Neigung zu haben, diesmal allein vorzugehen, und die ziemlich starke linke Flügel denkt sogar an Wahlbündnisse mit den Kommunisten, die die Idee der Einheitsfront des Proletariats vertreten. Wenn nun die Kommunisten wegen Vergehens gegen die Staatsautorität ins Gefängnis wandern und immer wieder beschuldigt wird, sie trüben die französische, sondern Sowjetpolitik, wollten die Armeesprezieren usw., so erschwert man natürlich ein Zusammengehen der Sozialisten mit ihnen und macht diese für ein solches mit den Radikalen etwas reiser. Deshalb hat Sarraut ein parteitaktisches Interesse an der Antikommunikationskampagne, was aber nicht bedeutet, daß er oder seine Partei, die Radikalen, für den Abbruch der Beziehungen mit Rußland wären.

Bränd ist, wie erinnerlich, während der letzten Döckerbandstimmung einmal kurz nach Paris gefahren. Seine Reise fand in der Angelegenheit Rakowski im Zusammenhang. Nach Schluß des Ministerials erfuhr er, daß von einem Abbruch der Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland nicht die Rede und daß die Angelegenheit Rakowski geregelt sei. Manches weiß darauf hin, daß Bränd in diesem Ministerial seine Kollegen von der Inopportunität eines Bruchs mit Rußland zu überzeugen vermochte, und daß er ihnen auf der anderen Seite in Aussicht gestellt hat, Rakowski auf gutlichem Wege aus Paris zu entfernen. Seitdem haben Moskau, der Quasi d'Orsay und Rakowski selbst in aller Öffentlichkeit mit der Veröffentlichung von Notizen, mit Behauptungen, Dementis und Gegenargumenten eine Art diplomatisch-publizistischen Kleinkriegs

geführt, der nicht ohne gewisse Reize ist, wenn er nur nicht gefährliche Perspektiven eröffne. Von französischer Seite wurde zu nichts gesagt, man habe die Unernüchtertheit eines weiteren Verbleibens Rakowskis in Paris in Moskau zum Ausdruck gebracht, worauf ein Dementi der Sowjets erfolgte. Ein französisches Gegenwärtig war die Antwort, und so ging es mehrmals hin und her, bis sich schließlich ein Interview Schischkows, worin dieser sich mit Rakowskis Haltung identifizierte und jeden Anlaß zu dessen Abberufung verneinte, und eine offizielle Mitteilung des Quai d'Orsay gegenüberstanden, in welcher eine Note angekündigt wurde, durch die die formale Forderung auf Abberufung Rakowskis gestellt und begründet wurde. Man war also auf dem Wege des diplomatischen Zugs und Gegenzugs schließlich dazu gekommen, daß man sich in eine Haltung schärfster Antipathie und gegenseitiger Ablehnung hineinmanövriert hatte. Der Fall ist geeignet, an ihm geschichtsfilosofische Betrachtungen anzustellen über das Wesen der Politik und über ihre Methoden. Zweifellos wünscht Moskau den Bruch mit Frankreich durchaus nicht, da es das Gespür einer unter englischer Führung lebenden antirussischen Einheitsfront, das im Mittelpunkt aller außenpolitischen Erwägungen der Sowjets steht, erheblich verlebendigen müßte. In Frankreichs Interesse liegt der Bruch ebensowenig, und mindestens Bestand und vermutlich auch Poincaré wünschen ihn nicht, wobei auch innerpolitische Gründe kaum mißzählen dürften. Was für eine Wahlpropaganda der Linken, wenn der Bruch erfolgen würde, bei der großen Zahl der Kleintrentner mit russischen Werten, die schon so lange auf eine Regelung der russischen Schulden warten, und die Rakowskis ja auch durch die Veröffentlichung der letzten Angebote der Sowjetregierung als gescheit ausgespielt. Aber beim Abberufen kommt man in der Politik ja leider öfter irgendwo hin, wo man nicht hinwollte, wofür die Entfesselung des Weltkrieges das größte und tragischste Beispiel ist. Manches läßt jedoch die Hoffnung zu, daß es im Falle Rakowskis nicht zum Äußersten, d. h. nicht zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Ausland und Frankreich kommen wird. Die Stellung Rakowskis in Paris ist jedoch, nachdem sich die französische Regierung auf die Forderung nach seiner Abberufung in aller Öffentlichkeit festgelegt hat, unhaltbar geworden.

Die internationale Pressekonferenz des Völkerbundes in Genf.

Als Vorbereitung für seine diesjährige Tagung hatte der Völkerbund die Vertreter der Weltpresse auf den 24. August zu einer Konferenz nach Genf eingeladen, auf welcher ausschließlich internationale Pressefragen erörtert werden sollten. Die Konferenz, an welcher Vertreter von 34 Staaten teilgenommen haben, hat bis zum 30. August getagt und eine Reihe wichtiger Ergebnisse gebracht. Neben einer Anzahl von technischen und journalistischen Fragen, wie Ermäßigung der internationalen Gebühren für Drahttelegramme, Abschaffung der Grenzabgaben und Schaffung eines internationalen Journalistenpasses, war es vor allem die Frage des Nachrichten-schutzes, die als wichtigste und umstrittenste Frage im Vordergrund der Verhandlungen stand. Daneben wurden auch einzelne politische Fragen wie Zensur und Forderung der staatlichen Minderheiten am Besuche ausländischer, in ihrer Muttersprache geschriebener Zeitungen berührt.

Es würde zu weit führen, alle die zahlreichen und teilweise sehr interpellanten Probleme hier aufzuführen, die in den Verhandlungen zur Sprache kamen. Nur über den Nachrichten-schutz sei einiges gesagt, weil ohne nähere Erläuterung das Picture nur mangelhaft in der Lage sein dürfte, sich ein Bild davon zu machen, worum es sich hier eigentlich handelt.

Fälle, wo sich jemand durch Befriedung von Angehörigen, Abhörern von Telefongesprächen, Diebstahl von Büchereibüchern und ähnliche unlautere Machenschaften die bei einem Nachrichtenbüro oder einer Zeitung eingehenden Nachrichten vor ihrem Abdruck verschafft hat, um sie dann bei einer anderen Zeitung für klingende Münze zu verwerten, das es schon immer gegeben. Es ist auch vorgekommen, daß Zeitungen, die sich weigerten, nicht in der Lage glauben, einen eigenen Nachrichten-dienst zu unterhalten oder auf einen fremden Nachrichten-dienst zu verzichten, auf eine Eingeladung haben, die in einer kurz vor der Erscheinung der Zeitung mitteilenden Nachrichten regelmäßig zu plündern, und, sei es als eigene, sei es als fremde Nachrichten, wiedergeben. Die Vorschriften des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb haben sich nicht in allen diesen Fällen als ausreichend erwiesen, und so ist es begreiflich, daß schon seit Jahren insbesondere die Nachrichtenbüros die Forderung erhoben haben, sie gegen dieses Parasitentum zu schützen. Wenn trotzdem bisher nur ein verhältnismäßig geringer Bruchteil von Staaten dieser Forderung durch Erlass entsprechender Schutzgesetze nachgegeben ist, so liegt das daran, daß man in dieser Frage nicht nur die Interessen der Nachrichtenbüros berücksichtigen darf, die dem gesetzlich festgesetzten Wunsche haben, für ihre Tätigkeit vor allem die ihre Früchte genießen, eine möglichst weitgehende Entscheidung zu erhalten, sondern daß auf der anderen Seite auch das öffent-

liche Interesse an der möglichst weitgehenden Verbreitung aller der Allgemeinheit interessierenden Nachrichten in Betracht zu ziehen ist. Dieses Interesse verbietet es, die Nachricht als bloßen Handelsartikel anzusehen.

Seit einigen Jahren hat nun diese Frage dadurch ein stark verändertes Gesicht bekommen, daß die großen Nachrichtenagenturen dem Zuge der Zeit folgend dazu übergehen mußten, auch den fast-
weg zur Nachrichtenübermittlung mit heranzuziehen. Seitdem die internationalen Nachrichtenbüros einen erheblichen Teil ihrer Nachrichten täglich mehrmals in offener Sprache auf dem Funkweg austauschen, ist in allen Ländern der Nachrichten-schutz als Angelegenheit gesunken. Die mehr noch im Auslande als bei uns ist die Erscheinung festzustellen, daß die Nachrichtenbüros um ihre Existenz ringen, weil ein Teil der Zeitungen es vorzieht, alle durch die Luft schwebenden Nachrichten der verschiedenen Büros unentgeltlich abzufangen, statt auf den Nachrichten-dienst von einem oder zwei Büros zu abonnieren. Indem auf diese Weise die Existenz der Nachrichtenbüros in Frage gestellt wurde, berührt die Frage nunmehr wiederum öffentliche Interessen nach einer anderen Richtung hin. Lieben dem Interesse der Öffentlichkeit an möglichst ungehinderter Verbreitung aller Nachrichten, besteht naturgemäß ein ebenso hartes Allgemeininteresse an der Aufrechterhaltung der Nachrichtenagenturen der verschiedenen Länder lebensfähig zu erhalten, und insbesondere dem internationalen Nachrichtenaustausch nicht dadurch zu gefährden, daß man ihn schaukelnd der Ausnutzung durch jeden Unbefugten preisgibt. Denn ohne einen entwickelten Nachrichten-dienst ist der gegenwärtige Bestand der Presse nicht gut denkbar, und ohne einen möglichst weitgehenden Austausch der Nachrichten zwischen den einzelnen Ländern werden alle auf Völkerrechtsbindung gerichteten Bemühungen des Völkerbundes erfolglos bleiben.

Daß die Beratung dieser Fragen auf einer internationalen Pressekonferenz, die aus Zeitungsverlegern und Redakteuren, Nachrichten-agenturen und Vertretern der Regierungen zusammengefaßt war, nicht ganz reibungslos verlaufen würde, war voraussehbar. Die Interessen der Nachrichtenagenturen gehen naturgemäß dahin, die Nachrichten soweit wie möglich vor jedem Plagiat zu schützen, und nicht nur das Abfangen noch unerschöpflicher, sondern auch den Nachdruck schon veröffentlichter Nachrichten zu unterbinden bzw. von einer an den Nachrichten-sammler zu entrichtenden Vergütung abhängig zu machen. Die Befriedungen der Zeitungen gehen natürlich umgekehrt nach der Richtung, die Nachricht so frei wie möglich zu lassen, damit jede Zeitung in der Lage bleibt, ihre Nachrichten so zu holen, wo sie sie findet. Dieser ganz frasse und rein gesetzliche Standpunkt wurde allerdings, wie schon bemerkt ist, nur von den deutschen Zeitungsverlegern nicht vertreten. Etwa in der Mitte hielten sich die Journalisten.

Nachdem ein vom Völkerbund vorgelegter Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des Nachrichtenwesens allgemeine Ablehnung erfahren hatte und nachdem Redner der verschiedenen Staaten miteinander kaum zu vereinbarende Vorschläge der verschiedenen Parteien gestellt hatten, übernahmen schließlich die deutschen Delegierten die Führung. Sie legten den Entwurf eines internationalen Abkommens zum Schutze des Nachrichtenwesens vor, nach welchem das Abfangen von Nachrichten, die noch nicht veröffentlicht sind, sondern noch in der Übermittlung, im Satz oder im Druck beschaffen sind, unbedingt verboten werden sollte, während der Abdruck einer schon erschienenen Nachricht frei bleiben und nur mit der Verpflichtung der Quellenangabe belastet werden soll. Auf dieser Basis kam schließlich die Einigung zustande.

Daß es der deutschen Delegation gelang, durch ihren Antrag die bereits ins Uferlose abgleitende Erörterung wieder auf festen Boden zurückzuführen, kann als erfreulicher Erfolg der deutschen Sache gebührend gewürdigt und wurde auch von den Vertretern der übrigen Länder ebenso gerühmt und anerkannt. Die Vorausesetzung dafür war dadurch geschaffen worden, daß sich sämtliche deutschen Vertreter am Vorabend der Konferenz auf eine von mir vorgeschlagene Kompromissform geeinigt hatten, so daß sämtliche deutschen Vertreter trotz der Verhältnisse der Tagesordnung eine gemeinsame Interessen während der ganzen Verhandlung nach außen das Bild völliger Einmütigkeit bewahren, während die Delegierten der übrigen Großmächte ihre Meinungsverschiedenheiten in oft recht krasser Form in die Erscheinung treten ließen.

Als der Völkerbund diese Pressekonferenz einberief, war es natürlich nicht nur von dem Gedanken befeuert, der Presse Gelegenheit zur internationalen Vereinigung ihrer Fachfragen zu gewähren. Dieser Pressekonferenz hatte auch seinen politischen Zweck. Man wollte Vertretern der Presse, die sonst den Völkerbundsberatungen nur von außen als kritische Zuschauer zu folgen genötigt sind, einmal Gelegenheit geben, sich selbst als friedliche Teilnehmer einer Völkerbunds-konferenz zu vereinigen und dabei sowohl sich untereinander wie nicht zuletzt auch die Schwierigkeiten aus eigener

Anschauung kennenzulernen, mit denen die ganze Arbeit des Völkerbundes belastet ist. Wie aus der Rede, die der Leiter der Presseabteilung des Völkerbundes, der französische Comar, auf dem zu Ehren der Teilnehmer vom Völkerbund veranstalteten Bankett hielt, hervorging, kam es den Vätern dieser internationalen Pressekonferenz vor allem darauf an, die sonst so feindschaftlichen Journalisten in die Arbeitsweise des Völkerbundes auch insonderheit einzuführen, als sie sich in Kommissionen und hinter verschlossenen Türen versammelten. Die Presse sollte einmal selbst aktiver Teilnehmer der Völkerbundarbeit sein, damit sie in Zukunft die Schwierigkeiten, mit denen die Delegierten aller Staaten bei solchen Beratungen zu kämpfen haben, besser einschätzen lernt. Und da der Völkerbund mehr als jede andere Organisation auf die Mitarbeit der Presse angewiesen ist und ohne den Widerhall, den die Weltpresse seinen Beratungen schenkt, überhaupt nicht lebensfähig sein würde, so war es ein flüger Gedanke, auch einmal die Presse selbst von der hohen Tribüne des feindschaftlichen Zuschauers aus das Parteilich der aktiven Teilnehmer einer Völkerbundskonferenz zu laden, damit sie sich selbst einmal davon überzeugt, daß Kritiker und Befürworter oft zweierlei Dinge sind. Aber zur Ehre der Presse und insbesondere der deutschen Presse darf gesagt werden, daß sie diese Feuerprobe glänzend bestanden hat, und daß die Verhandlungen insbesondere auch dort, wo sie das Politische berührten, sich stets auf einer vorbildlichen Höhe gehalten haben.

Die Danziger Fragen in Genf.

Die Herbsttagung des Völkerbunds rats hat sich in ungewöhnlichem Umfange mit Danziger Angelegenheiten beschäftigt. Ungewöhnlich eine Spezialfrage der Danziger Stadtanleihe und obwohl einige Danziger Angelegenheiten wieder zurückgezogen wurden, sind fünf Punkte auf Grund von Anträgen der freien Stadt Danzig in Genf verhandelt worden. Allerdings ist nur in einem dieser Punkte, nämlich den bisher noch bestehenden Beschränkungen des Flugzeugbaus in Danzig, eine endgültige Entscheidung herbeigeführt worden, indem Danzig von diesen Beschränkungen befreit wurde, wie das Deutschland gegenüber schon früher geschehen ist. Aber auch in denjenigen Punkten, die nicht endgültig erledigt worden sind, ist ein Fortschritt gegenüber der bisherigen Lage erzielt worden. Wie gerade von Danziger Seite dankbar anerkannt wird, ist es das Eingreifen des deutschen Außenministers Stresemann gewesen, das diese günstige Entwicklung herbeigeführt und in mehreren Fällen Entscheidungen gegen Danzig verbietet hat.

Dies gilt insbesondere von den beiden Fragen des Klagerichts der Danziger Eisenbahnen und der Ausübung der Danziger Staatshoheit auf dem Gebiet der Westerplatte, wo sich der polnische Munitionslagerplatz befindet. In der ersten Frage soll ein Gutachten des Ständigen Internationalen Gerichtshofs in Haag eingeholt werden, in der letzteren sollen wichtige Rechtsfragen durch Zuziehung von juristischen Experten noch eingehend nachgeprüft werden.

Danzig hatte über seinen Anspruch auf die Ausübung seiner Hoheitsrechte auf der Westerplatte hinaus in Genf auch den Antrag gestellt, die polnische Behörde zur Benutzung der Westerplatte als Munitionslagerplatz aufzuheben. Da nun diese polnische Behörde auf einen Ratsbeschluß beruht, erforderte sich in Genf die Rechtsfrage, ob ein Ratsbeschluß umgewandelt werden könne. Ein Juristenkomitee befaßte diese Frage unter der Voraussetzung, daß neue Tatsachen vorliegen. Es wird nunmehr zu prüfen sein, ob dies der Fall ist; Danzig macht bekanntlich als derartige Tatsache den Ausbau des polnischen Hafens in Gdynia geltend.

Endlich hat der Völkerbund rat, und zwar ebenfalls auf Grund einer Anregung des deutschen Außenministers, einen Weg für die Lösung der Frage des Anlegeschiffs für polnische Kriegsschiffe in Danzig vorgezeichnet. Danzig und Polen sollten hierüber unmittelbar verhandeln. Wenn aber bis zum 15. Oktober keine Einigung erzielt ist, soll der militärische Ausbruch des Völkerbunds sich mit dieser Frage befassen.

Der Edinburger Gewerkschaftskongress in seiner internationalen und innenpolitischen Auswirkung.

Auf dem englischen Gewerkschaftskongress in Edinburg ist eine sehr beachtenswerte Entwicklung, die sich seit einiger Zeit in der Arbeiterwelt Großbritanniens vorbereitet, in die Erscheinung getreten. In den Reden der Gewerkschaftsführer und in den Entscheidungen, die der Generalrat dem Kongress vorlegte, traten zwei Tendenzen hervor, einmal die Entzweiung der extremen Linksbewegung, und andererseits die Modernisierung des traditionellen Gewerkschaftsgedankens durch Einleitung einer „konstruktiven Periode“, worunter die Sicherung des industriellen Friedens durch Ausbau der Schlichtungsgerichte, Schlichtungsinstitutionen, Änderung der Produktionsmethoden.

Die englische Gewerkschaftsbewegung vor dem Edinburger Kongress war rückständig geworden in ihrer Beschränkung auf reine Lohnpolitik durch kollektive Abkommen und auf den Streik als Alter-

native hierzu. Dieser Stillstand hatte die Bildung einer zwar jahrmäßig nicht starren, aber einen starken Druck auf die Mehrheit ausübenden, extrem revolutionären Richtung unter dem Einfluß Englands zur Folge gehabt. Infolgedessen hatten sich die englischen Gewerkschaften am weitesten auf dem Wege nach Moskau vorgewagt. Eine von ihnen vor fünf Jahren nach Zaglad entlassene Delegation hatte einen feindschaftlichen, aber insonderheit verächtlich gähnigen Bericht erstattet. Eine weitere Folge war die Einleitung eines besonderen anglo-russischen Gewerkschaftsausschusses, des sogenannten Einigungs-ausschusses, der in Berlin zusammentrat, dessen letzte Tagung vor wenigen Monaten aber schon wegen der russischen diktatorischen Vorrichtungen über die Tagesordnung von englischer Seite abgelehnt wurde.

Auch auf dem Kongress der Amerikaner Internationalen versuchten die Engländer, freilich ohne Erfolg, als Anwälte der Russen aufzutreten. Auch auf dem Pariser Kongress im August d. J. forderte der damalige Vorsitzende, der Engländer Purcell, von der Sozialdemokratie die Einstellung des Kampfes gegen den Volksweltismus und die Einigung der Gewerkschaften und Briten Internationalen, allerdings nur mit dem Erfolg, daß seine Wiederwahl nicht erfolgte und daß er mit der englischen Delegation demonstriert den internationalen Kongress verließ. Der Edinburger Kongress der englischen Gewerkschaften hat gezeigt, daß die damalige englische Delegation auf dem Pariser Kongress der Amerikaner Internationalen radikal war als die Massen ihrer Auftraggeber. Die internationale Bedeutung der Edinburger Beschlüsse bewirkt darin, daß durch sie die Stellung der Amerikaner Internationalen gegenüber den Russen gestärkt wird.

Den Bruch mit den Russen ergänzte der Kongress der englischen Gewerkschaften durch die Einleitung einer aufbauenden Politik der industriellen Befriedung. Der Edinburger Kongress war der erste nach der vielmehrseitigen Ausprägung der englischen Lohnbewegung, die neben dem schnell zusammengebrochenen englischen Generalstreik des letzten Jahres herging. Die infolge dieser beiden unglücklich verlaufenen Lohnbewegungen erschöpften Gewerkschaftsklassen, mehr oder wohl noch die allgemeine, seit Jahren auf der englischen Industrie lastende Depression, haben in der englischen Gewerkschaftsbewegung eine wachsende Abneigung gegen Kampfmethoden ausgelöst. George Hides wies daher in seiner Rede als Vorsitzender des Kongresses unter allgemeiner Zustimmung darauf hin, daß bisher die Linie direkter Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht gründlich genug ausgenutzt worden sei. Durch Zusammengehen des Arbeiters und des Unternehmers könne nicht nur die Leistungssteigerung der Industrie, sondern auch der Lebensstandard des Arbeiters verbessert werden. So kam denn auch die „positive Items“, als das wichtigste Gewerkschaftsorgan, in ihrem Hinblick auf den Edinburger Kongress mit Recht jenseit, daß er für den Generalrat der englischen Gewerkschaften klare politische Richtlinien festlegte, positive Mitarbeit an dem friedlichen Aufbau eines neuen Systems wirtschaftlicher Beziehungen zu leisten. So ungewiss es auch jetzt noch ist, wie weit sich die auf dem Edinburger Kongress angenommenen allgemeinen Prinzipien in die Wirklichkeit umsetzen lassen, so klar ist doch andererseits die konstruktive politische Linie dieses neuen englischen Gewerkschaftsprogramms erkennbar.

Die in Edinburg festgelegten Richtlinien der neuen englischen Gewerkschaftspolitik bilden gleichzeitig die taktische Grundlage für die Wahlparole der Arbeiterpartei zu den im nächsten Jahre stattfindenden Parlamentswahlen, und sie somit als bestimmter Lauffuß für den in den ersten Monaten des Oktoberwoches in Bradford stattfindenden Parteitag der Labourparty zu betrachten. Die letzten Wahlen verlor das Arbeitsministerium MacDonald infolge des ganz im Sinne des Kampfes gegen kommunistisch-revolutionäre Bestrebungen ausgeprägten konservativen Wahlbegriffes. Aus der damaligen Niederlage hat die Arbeiterpartei die Lehre gezogen, daß die im englischen Bürgertum eingewurzelte Furcht vor dem Volksweltismus auch bei den bevorstehenden Wahlen der konservativen Regierungspartei wieder eine sehr gute Wahlparole abgeben könnte. Indem der Edinburger Gewerkschaftskongress den Bruch mit den russischen Gewerkschaften vollzogen hat, behält er, daß die englische Arbeiterpartei in ihrer gegen Mehrheit nicht gewonnen ist, sich ins kommunikative Fahrwasser abtreiben zu lassen. Der gegen die Arbeiterpartei gerichteten konservativen Wahlparole eines „Kampfes gegen den Volksweltismus“ ist durch die eigene Kampfanlage der Gewerkschaften gegen die Russen für die kommende Wahl der Wind aus dem Segel genommen. Andererseits ist die in Edinburg verkündete Politik der konstruktiven Linie und industriellen Befriedung wohl geeignet, sich wahlaktuell dahin auszuwirken, daß die breiteren Massen des notleidenden englischen Kleinbürgertums dem neuen Programm nicht feindsichtig gegenüberstehen und daß darüber hinaus im Falle einer konservativen Wahlniederlage die Zusammenarbeit der Arbeiterpartei mit den Liberalen ohne weitere politische Zusatzbedingung möglich ist.

Die von der konservativen Regierung eingebrachte Gewerkschaftsbill, die mit ihren rigorosen Bestimmungen gegen den Streik die Fundamente der englischen Arbeiterbewegung bedroht, möglichst schnell zu beseitigen, ist ein Hauptziel der englischen Gewerkschafts-

politisch. Zur Erreichung dieses Zieles benötigen sie einen Erfolg bei den bevorstehenden Parlamentswahlen, der ohne vorherige Wiedergewinnung der bei dem vorjährigen Generalfest verlorengegangenen Sympathie weiter kleinstädtischer Schichten unmöglich ist. Die Bestrebung, die Sympathien der öffentlichen Meinung für die Förderung der Arbeiterinteressen wiederzugewinnen, bilden das innerpolitische Keimfoto für die im vorigen erläuterte neue Einstellung des Edinburgher Generalfestkongresses.

Spectator alter.

Das österreichische Wirtschaftsproblem.

Trotz der in Deutschösterreich selbst so gut wie allgemeinen Übereinstimmung hinsichtlich der zweifelhaften Lebensfähigkeit des eigenen Landes, will in der europäischen Öffentlichkeit eine wohl vornehm durch politische Tendenzen bestimmte Richtung diese Zweifelhafte nicht gelten lassen. Sie ist demnach, der breiten Öffentlichkeit immer wieder klarmachen, daß das in St. Germain künstlich geschaffene staatliche Gebilde, Österreich, durchaus lebensfähig ist. Nach der an dieser Stelle schon besprochenen wertvollen Arbeit des Wiener Dozenten Dr. Schilder über den „Streit um die Lebensfähigkeit Österreichs“¹⁾ liegt nun eine Schrift der Salzburger Handelskammer aus der Feder ihres bekannten Sekretärs Dr. Erich Gebert über die Wirtschaftslage Deutschösterreichs²⁾ vor, die gerade auch im Reich höchste Beachtung verdient. Dr. Gebert will nach seinem Vorwort die bedauerliche Feststellung eines konstanten Niederganges unserer Wirtschaft, an der die tägliche Wirtschaftspraxis nicht vorbeikommt, gegen die hundertfältigen Beschönigungsversuche offizieller Kreise belegen und sie gegen die Vorwürfe prinzipieller Schwarzfärberei und Unbetheiligkeit der Kritik, ungerichteter Mißtrauen und mangelnder Selbstbehauptung verteidigen. In vielfach neuer Beleuchtung und unter Zuhilfenahme einer großen Anzahl graphischer Darstellungen zeichnet der Verfasser jenen Struktur- und Bewegungsbild der österreichischen Volkswirtschaft in der Entwicklung der Handels- und Zahlungsbilanz, der Steuer- und sozialen Abgabeneinlage, der Arbeits- und Lohnpolitik und des Geld- und Kapitalmarktes. Sein Weg geht dabei von der Feststellung des konstanten Defizites der österreichischen Handelsbilanz über zu den Maßnahmen zur Ausgleichung der Zahlungsbilanz, zur Erschöpfung der starken Aufnahme von Konsumtrediten und der Aufhebung des Eigenkapitals infolge Überlassung mit öffentlichen Abgaben, des dadurch eintretenden Mangels an Produktionskapital, der wachsenden Abhängigkeit der Betriebsführung vom Kredit und damit der Verschärfung der Kreditbedingungen, der Verschlechterung des Ertrages und des Aufhörens der Rentabilität, der Verminderung der Sozialproduktion und damit zur Erklärung der geradezu bedenklichen Lage der österreichischen Gesamtwirtschaft, die sich dem Augenblickenden fast nur in den Ziffern der Arbeitslosen- und des Handelsbilanzpostums darstellt, die aber für den wirtschaftlichen Gehalten ihren unläugbaren Sinn in der fortschreitenden Kapitalaufzehrung und der ständigen Verminderung der Rentabilitätsfaktoren gegeben findet.

Gebert erkennt also die Ursachen der österreichischen Wirtschaftskrise hauptsächlich in dem staatlichen, wirtschaftlichen und wirtschaftsrechtlichen Zusammenbruch. Wenn man, wie der Verfasser ausführt, 1922 noch hoffen konnte, Österreich zu retten, so mußte man 1924 diesen verhängnisvollen Irrtum erkennen, ohne freilich heute danach konsequent zu handeln. Der Staat ist auf Kosten der Wirtschaft saniert worden, es gibt wohl eine stabilisierte Währung, aber kaum mehr einen Betrieb, der bei weiterer Entwicklung der Verhältnisse ein in solcher Währung ausdrückbares Eigenkapital und Verschärfungsmöglichkeit haben wird.

Der Salzburger Handelskammersekretär sieht als einzige Lösung dieser Lage Deutschösterreichs den Anschluß an das Deutsche Reich. Nicht aber, um damit sich in bequemer Form als Ballast an einen wirtschaftlichen stürmenden Körper anzuschließen, sondern um dadurch Deutschösterreich moralische und wirtschaftliche Voraussetzungen für ein reelles Aufwärtkommen zu ermöglichen.

Deutscho-jugoslawischer Handelsvertrag.

Am 6. Oktober 1927 wurde der neue Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Jugoslawien zwischen den Deutschen Reich und dem Königreich Jugoslawien in Berlin unterzeichnet und am selben Tage sein Wortlaut im Reichsanzeiger veröffentlicht. Der Vertrag tritt an die Stelle des bisherigen vorläufigen Abkommens vom Jahre 1921, das seit dem 10. Juli 1922 in Kraft war. Dieses enthält zwar auch schon das Gegenstands der allgemeinen Selbstbegünstigung, das jedoch erst in dem neuen Vertrag auch für das beiderseitige Niederlassungsrecht zugeordnet wird. Der Vertrag selbst mit seinen 31 Artikeln wird ergänzt durch eine doppelte Tarifanlage, die die Einfuhrzölle nach Deutschland beziehungsweise nach Jugoslawien auflistet und dabei mangelnder Herabsetzungen gewährt. Die 17 für Deutschland geltenden Positionen betreffen im wesentlichen Mais, Weizen, Hafer,

Obst, Geflügel, Fische, Eier und Nahrungsgegenstände sowie einige Rohchemikalien. Die umfangreichere Liste der jugoslawischen Einfuhrzölle kommt Inzuberprodukten (wie chemischen und pharmazeutischen Waren, Textilien, Leder, Briefpapier, Wägen, Schmalz und Spielwaren, Messern, elektrischen und Radioapparaten) zugute. Aus weiteren ergänzenden Protokollen interessiert besonders die Bestimmung, daß die vertragsschließenden Staaten für die Beseitigung der in anderen Staaten bestehenden Ausfuhrverbote, -beschränkungen, -zölle und -abgaben wirken wollen und sich verpflichten, die in ihren eigenen Ländern bestehenden derartigen Beschränkungen für Häute und Felle jeder Art aufzuheben. Der Vertrag selbst soll schließlich möglichst vor der Ratifikation durch die beiden Volksvertretungen vorläufig in Kraft gesetzt, der Termin dafür noch vereinbart werden.

Der Abschluß des Vertrages ist von der deutschen Öffentlichkeit mit einhelliger Zustimmung aufgenommen worden und man darf mit Recht von ihm gute Aussichten für die deutsche Ausfuhr erwarten, ganz abgesehen davon, daß die klaren Festsetzungen des Vertrages für den Handelsaustausch nunmehr feste Normen schaffen und darüber hinaus geeignet sind, das bestehende Einvernehmen zwischen den beiden Staaten weiter zu fördern. Die Verhandlungen konnten auch dementsprechend außerordentlich leicht und reibungslos geführt werden. Die Bestimmung der Maßbegünstigung wird sich ganz besonders auswirken, daß Deutschland die bereits zwischen Jugoslawien einerseits und Italien und Österreich andererseits bestehenden oder noch zu schaffenden günstigen Zollsätze auch für sich in Anspruch nehmen darf. Für die wirtschaftliche Bedeutung Jugoslawiens spricht das Anwachsen seines Außenhandels von 959,1 auf 1264,1 Millionen Mark im Jahre 1924 auf 1925. Während es, wie ersichtlich, neben seinen landwirtschaftlichen -erzeugnissen Rohstoffe ausführt, bringt es andererseits hochwertige Industrieerzeugnisse herein, und zwar beträgt die Menge der Einfuhr nach Tonnenn berechnet etwa das Vierfache der Ausfuhr. Für die Jahre 1924, 1925, 1926 betrug so die Einfuhr 1,15 — 1,5 — 1,24, die Ausfuhr 3,9 — 4,4 — 4,9 Millionen Tonnenn.

Die russisch-persische Vertragsabschlüsse.

Zwischen der Sowjetunion und Persien sind am 1. Oktober in Moskau eine Reihe von Verträgen und Abkommen unterzeichnet worden. Diese Abkommen umfassen:

1. einen Garantie- und Neutralitätsvertrag,
2. einen Notenwechsel über die beiderseitigen Handelsbegünstigungen,
3. ein Abkommen über die Sicherung am Südufer des Kaspischen Meeres,
4. einen Notenwechsel über den Hafen Pechliwi,
5. eine Zollkonvention.

Im Wortlaut bekanntgegeben ist von diesen Verträgen bisher nur das Neutralitätsabkommen. In diesem Abkommen sichern sich beide Teile zu, im Falle des Angriffs auf den anderen Teil Neutralität zu beobachten, an keinen Bündnissen und Abkommen, auch nicht an Boykotts oder einer Blockade gegen den anderen Teil sich zu beteiligen und ihren Beamten auf den Gebieten des Vertragspartners jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen Staates zu verbieten. Zu dem Abkommen gehören zwei Protokolle und als Anlage ein Briefwechsel zwischen Tschitscherin und dem persischen Außenminister, in dem die persische Regierung erklärt, daß ihre Verpflichtungen gegenüber dem Widerstand, die sie weiterhin erfüllen würde, durch diesen Neutralitätsvertrag nicht berührt würden.

Die Unterzeichnung dieses Abkommens mit Persien wird in Moskau als ein großer Erfolg angesehen, und derartige Meldungen sind aus russischen Quellen auch in die deutsche Presse übergegangen. In Moskau glaubt man, damit einen Schlag gegen englische Einfuhrbestrebungen geführt zu haben. Daß man freilich in dieser Hinsicht in Moskau zu übertriebenen Ansichten und Behauptungen neigt, ist bekannt.

Von den übrigen Abkommen ist bemerkenswert der in form eines Notenwechsels geschlossene Handelsvertrag. Die Sowjetunion hatte nämlich jahrelang die persische Einfuhr nach Ausland gesperrt, worunter Persien wirtschaftlich sehr zu leiden hatte. Wenn also jetzt ein Vertragsabschluß in Handelsfragen gelungen ist, so ist dies in erster Linie ein Erfolg und ein Vorteil für Persien anzusehen. Persien erhält durch das Abkommen das Recht, jährlich Waren im Betrage von 50 Millionen Rubel in die Sowjetunion einzuführen, wogegen bis zur Höhe von 90 v. H. dieser Summe Waren aus der Sowjetunion nach Persien ausgeführt werden. Bemerkenswert ist eine gewisse Durchbrechung des Sowjet-Außenhandelsmonopols, da Persien nicht an einen ausschließlichen Verkehr mit staatlichen Sowjetstellen gebunden ist. Von russischer Seite wird hierbei darauf hingewiesen, daß das Außenhandelsmonopol eine Waffe gegen den Kapitalismus der Weststaaten sei, während von persischer Seite die Sowjetunion keine derartige Gefahr drohe. Auch für Deutschland wichtig sind die Bestimmungen des Handelsabkommens, die Persien für seine Ein- und Ausfuhr dem freien Transit durch das Gebiet der Sowjetunion sichern.

¹⁾ Heft 2, Septemberheft 1926.
²⁾ Erich Gebert, „Wirtschaftsfragen“, Österreichische Wirtschaftsblätter, Wien 1927 Verlag Böhrer-Edel-Verlag.

Die Angestelltenversicherung im Jahre 1926.

Das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte erliefert seine Jahresberichte sehr regelmäßig und frühzeitig. So liegt jetzt bereits der Geschäftsbericht für das Jahr 1926 vor. Er läßt erkennen, daß die Inanspruchnahme der Angestelltenversicherung häufig stark wächst, daß aber auch die finanzielle Entwicklung eine recht günstige ist.

Nach § 62 wurde im Berichtsjahre insgesamt von 24 479 Versicherten beantragt (gegen 19 349 im Vorjahre, wobei die Steigerung ausschließlich auf Anträge wegen Berufsunfähigkeit, nicht wegen Erreichung der Altersgrenze, entfällt). Bewilligt wurden 16 690 Ruhegelder, davon 10 619 wegen Berufsunfähigkeit. Am Schlusse des Jahres liefen 50 582 Ruhegelder (gegen 56 677 am Schlusse des Vorjahres), die einen monatlichen Kostenaufwand von rd. 3 Mill. M. erforderten. Die Gesamtaufwendungen des Jahres beliefen sich auf rd. 32,9 Mill. M.

Die Gesamtzahl der Anträge auf Hinterbliebenenrenten betrug 12 028 (gegen 9027 im Vorjahre). Bewilligt wurden 14 882 Renten, davon 7997 Witwen-, 3 Witwer- und 6582 Waisenrenten. Am Schlusse des Jahres liefen 35 479 Witwen- und Witwerrenten und 24 075 Waisenrenten mit einem monatlichen Aufwand von rd. 1,7 Mill. M. Insgesamt aufgewendet wurden im Berichtsjahre rd. 20,5 Mill. M. — für Ruhegelder und Hinterbliebenenrenten zusammen also rd. 53,2 Mill. M.

Große praktische Bedeutung kommt der Heilfürsorge zu, die von der Reichsversicherungsanstalt stark ausgebaut ist und qualitativ Vorzügliches leistet. Die Inanspruchnahme ist enorm: Im Berichtsjahre sind nicht weniger als 83 145 Anträge eingegangen, davon 52 207 (gegen 48 451 im Vorjahre) auf sogenannte händige Heilverfahren, d. h. Kuraufenthalte, und 30 938 (gegen 21 505) auf nicht-händige, nämlich Zuschüsse zum Zehnerfahrlauf und zu anderen „großen Heilmitteln“, wie Prothesen u. ä. Bewilligt wurden 52 679 Anträge auf ständiges Heilverfahren, d. h. 61,8 v. H. der ins-

gesamt erledigten Anträge. Davon wurden 55 v. H. in Kungenheilanstalten mit einer durchschnittlichen Kurdauer von 86 Tagen und Durchschnittskosten von 610 M. durchgeführt, 62,5 v. H. mit Durchschnittsdauer von 31 Tagen und Durchschnittskosten von 260 M. in Sanatorien und Bädern; der Rest entfiel auf spezialärztliche Behandlung und Geldzuschüsse. Die Reichsversicherungsanstalt verfügt jetzt über sieben eigene Heilanstalten, von denen allein drei im Berichtsjahre erworben wurden. Im übrigen werden nahezu 100 Bäder, Sanatorien und Kungenheilanstalten auf Grund vertraglicher Abmachungen belegt. An nicht-händigen Heilverfahren wurden 29 655 bewilligt, das sind 97,1 v. H. der erledigten Anträge. Als weitere Maßnahmen heilfürsorglicher Art sind zu erwähnen: Zuschüsse in 617 Fällen von Geldschicksalfrankheiten, deren Befämpfung sich die Reichsversicherungsanstalt in Gemeinschaft mit den Kungenversicherungsanstalten widmet, ferner im Rahmen der sogenannten, Ende 1925 neu aufgenommenen „Kinderfürsorge“ Zuschüsse zu Heilverfahren für Kinder von Versicherten oder Ruhegeldempfängern oder für Waisenrentenempfänger in 5382 Fällen, schließlich eine Zuwendung von 500 000 M. an das Deutsche Zentralkomitee zur Befämpfung der Tuberkulose. Die Gesamtaufwendungen für das Heilverfahren beliefen sich auf 16 Mill. M. (gegen rd. 11,8 Mill. im Vorjahre), d. h. rd. 6,5 v. H. der Beitragseinnahmen.

Die Beitragseinnahmen sind mit rd. 245,7 Mill. M. gegen das Vorjahr um annähernd 25 v. H. gestiegen. Die Zahl der Versicherten wird auf 2,8 Mill. geschätzt. Die Gesamtentnahmen, einschließlich Vermögenszuwachs, belaufen sich auf 24,3 Mill. M.

Die Gesamtausgaben wiesen mit rd. 50 Mill. M. eine Zunahme gegen das Vorjahr um 20 v. H. auf. Von ihnen entfallen auf Verwaltungskosten rd. 8,4 Mill. M. (gegen 7,9 Mill. im Vorjahre) oder 3,4 v. H. der Beitragseinnahmen. Das Vermögen der Reichsversicherungsanstalt ist auf 550 auf 535 Mill. M. gestiegen. Davon sind 209 Mill. in Hypotheken, 129,5 Mill. in Darlehen und 119,6 Mill. in Wertpapieren wertbefähigt angelegt.

Georg Jurek.

Hermann Sudermann. Von Paul Fechter.

Wenn Hermann Sudermann Humor hat, wird er bei dieser Feier seines 70. Geburtstages sicherlich manchmal ein höchst vergnügtes Gesicht machen. Nicht weil man ihn feiert, sondern weil er, wie sonst neben ihm, Wandel unter Fremden und Kaunen der Urteile und der Einschätzung erlebt hat. Vom höchsten Kob, das sich bis zu Parallelen mit dem jungen Schiller verließ, bis zur schmerzlichen Beschimpfung, die nicht einmal vor dem Vergleich mit Deutschlands gelehrtester Dichterin, der Marill, zurückgeschreckte, hat er alles über sich ergehen lassen müssen — und wird heute als 70er doch gefeiert, als sei nichts geschehen —, im Gegenteil, viel herzlicher als mancher andere. Ein neues Geschlecht ist herausgekommen, das den Leistungen und Meinungen der Däter ängstlich feindselig gegenübersteht, viel skeptischer, als das sonst schon Söhne zu tun pflegen — und stellt fest, daß der Dichter der „Ehre“ und der „Grau Sorge“ ihm erheblich wertvoller erscheint als vieles, was das vergangene Geschlecht ihm als Dauervererb präsentiert hat.

Und die Jungen haben vollkommen recht. Hermann Sudermann ist bei all seinen Schwächen entfallen mehr als die Mehrzahl seiner Zeitgenossen, weil er im kleinen Finger mehr Temperament und Lebendigkeit besitzt als sie in der ganzen Hand. Er hat nur das Pech gehabt, in eine Zeit hineinzugehen, in der der Begriff literarischer Exzellenz nicht in seiner ganzen Schärfe erkannt, noch geradezu ein Exzentrik für harmlose Gemüter war. Mit diesem Begriff aber hat man ihn und sein Werk, vor vollkommen schiefen Voraussetzungen aus, für einige Jahrzehnte wenigstens, an die Wand geklemmt. Wenigstens für das nahe Publikum der großen Städte, vor allem Berlins. Die klugen Leute im Reich lasen ihn trotzdem und werden ihn immer lesen.

Und damit haben sie ebenso recht wie die Jungen, und heute mehr denn je. Denn gerade uns und unseren Tagen der Abenteuererlust und der spannenden Sensationsromane, der Bilder voll Handlung und Tempo, der Dramen voll bewegten Geschehens ist Hermann Sudermann, wofür er uns überhaupt einmal entschuldigen mag, näher denn je. Alles, was die Gegenwart mit ihrer anküftlichen, künstlichen Wirklichkeitslust proklamiert und sucht — das hat er mit sicherem Wirkungsinstinkt ohne alle literarischen Rücksichten aus eigener Freude am bewegten Erzählen und Hinführen zeit seines Lebens mit vollen Händen gegeben. Man hat ihn einen Realisten genannt — nichts ist weniger richtig als das. Gewiß: wenn Sudermann einen Menschen, eine Situation anpackte und hinführte — dann

hand sie, war da, rund und wirklich wie nur eine. Was heute kümmerliche Scheinheit, was für diesen Mann aus Fleisch und Blut und offenkundigen Knochen selbstverwundliche Dummheit, was schuf Wirklichkeiten, feste, greifbare, dreidimensionale; aber nicht Wirklichkeiten des Lebens, sondern der Erzählung, des Theaters. Dieser Mann mit dem berühmten großen Vollbart lebte ja gar nicht in unserer Wirklichkeit, sondern lediglich in der seinen. Sobald er am Schreibtisch saß, begann es in ihm zu reben, begann der Dialog seiner Menschen und Gestalten, sah er ihr Auf und Ab und schied mit innerer Beteiligung, was er sah und hörte — von seiner und ihrer, nicht von unserer Wirklichkeit. Seine Wesen fliegen aus der Welt des Theaters, aus der Welt des Romans, die für ihn wirkliche Welten waren. Sie redeten, wie man dort redet, bestellten, wie man dort bestellt — und er ließ sie so reden und ließ sie so handeln. Mit Recht. Was hatte das reale Leben mit Theater und Roman zu tun? Wenn einer las oder im Parkett saß, hatte er diese Welt zugegen, war in eine neue, überwirkliche eingegangen, die mit der Realität nichts gemein hatte und nichts gemein haben sollte. Eine härtere, buntere, geistigere Welt nahm ihn auf — er lebte aus dem eigenen, inneren, ungehemmten Dialog, aus der eigenen, inneren, ungehemmten Darstellung des Geschehens, in der er selbst das Schicksal war. Und das konnte er nur, wenn der Autor bei sich es ebenso machte.

Dieses aber tat Sudermann und nahm damit vieles vorweg, was heute wieder Sinnhaft und Ziel des Lebens vieler Menschen ist. Die alte Eisenbahnfracht „literarisch“ ist perestroika; heute reist man im Auto fern und quer über alle Realitäten und Wirklichkeiten. Heute möchte ein neues Geschlecht (das wirkliche meine ich, nicht das, was sich selbst dafür hält) aus neuen Kräften eine bunte Welt aufbauen — und sieht, daß dieser Offspringe das schon vor einem Menschenalter getan, die Spannung und das Tempo, die Unwirklichkeit mit der Kraft des Realen, den heißen Atem und die Leidenschaft, die es gar nicht gibt, den großen Spieler und den starken Mann längst vorweggenommen hat. Und grüßt in dem einst Verstorbenen den Altherren, den ersten Erbrecher des literarischen — und sieht zugleich mit Staunen, daß dieser Mann auch das konnte. Daß er nebst „es war“ und dem „Kahnen“, neben der „Schmetterlingsflucht“ und dem „Bild im Winkel“ herrliche, stille Dichtungen wie die „Kaiserschen Geschichten“ und die Heimatnarration von „Grau Sorge“ geschaffen hat. Und macht einen noch viel tieferen Dienst vor ihm.



Hermann Sudermann

DEUTSCHE KUNSTFÜHRER

HERAUSGEGEBEN VON DR. A. FEULNER

1. Bd.: Kloster Wiblingen von Dr. A. Feulner. 2.—Rm.
2. Bd.: Kloster Maulbronn von W. R. Deusch. 2.—Rm.
3. Bd.: Kloster Blaubeuren von Prof. Dr. Baum. 2.50 Rm.
4. Bd.: Die Residenzen von Landshut von Dr. A. Mitterwieser. 2.—Rm.
5. Bd.: Die Reichsabtei Ochsenhausen von Dr. Max Schefold. 2.—Rm.
6. Bd.: Kloster Obermarchtal von Dr. Max Schefold. 2.—Rm.
7. Bd.: Kloster Bebenhausen von Dr. Adolf Mettler. 2.—Rm.
8. Bd.: Kloster Alpirsbach von Dr. A. Mettler. 2.—Rm.
9. Bd.: Kloster Irsee von Pfr. R. Wiebel. 2.—Rm.
10. Bd.: Kirchen von Halberstadt von Dr. O. Doering. 4.20 Rm.
11. Bd.: Rott am Inn von Dr. A. Feulner. 2.—Rm.
12. Bd.: Zwiefalten von E. Tiechter. 2.—Rm.

KUNSTFÜHRER AN RHEIN UND MOSEL

HERAUSGEGEBEN VON DR. EGID BEITZ

1. Bd.: Kloster Heisterbach von Dr. Egid Beitz. 2.—Rm.
2. Bd.: Die Schatzkammer des Domes zu Köln von Professor Dr. Witte. 2.—Rm.
(Von diesem Band erschien eine besondere Ausgabe auch in englischer Sprache. Preis 3.—Rm.)
3. Bd.: Der Dom zu Mainz von Dr. Peter Metz. 3.50 Rm.
4. Bd.: Hospital St. Nikolaus zu Cues von Dr.-Ing. Hans Vogts. 2.—Rm.
5. Bd.: Die Zisterzienserbtei Marienstadt von P. Gilbert Wellstein. 2.—Rm.
6. Bd.: Zons am Niederrhein von Ehlert W. Grashoff. 2.—Rm.

Format sämtlicher Bände 16x24

Dr. BENNO FILSER VERLAG G.M.B.H.
AUGSBURG - KÖLN - WIEN**EUROPÄISCHE GESPRÄCHE****MONATSHEFTE FÜR AUSWÄRTIGE POLITIK**Herausgegeben von DR. A. MENDELSSOHN BARTHOLODY
o. Professor an der Universität Hamburg.

Halbjährlich M. 12.—

DAS PROGRAMM

Europa bedeutet den mütterlichen Boden, dem unsere Gedanken entstehen. Deutschland zumal ist europäisch bedingt und kann Politik nur aus dem Herzen Europas heraus machen. Mit dem Wort „Gespräche“ wollen wir andeuten, daß wir wohl eine sehr bestimmte Meinung haben, aber uns mit jedermann achtungsvoll und aufmerksam unterhalten können; das bezeugen die Stimmen aus allen Lagern und Ländern, die schon in den bisherigen Jahrgängen der Zeitschrift sich vernehmen ließen. Im Dienste ernsthafter Urteilsbildung sammelt die Zeitschrift die wichtigsten Urkunden aus diplomatischen Verhandlungen und Korrespondenzen und macht sie in sorgfältiger Übersetzung allgemein zugänglich, in den „Bekanntnissen und Begebenheiten“ geht sie noch einen Schritt weiter, indem sie Dokumente und Vorgänge hier lebhaft glossiert. Kritische Besprechungen, eine Bibliographie zur auswärtigen Politik und Zeittafeln vervollständigen das wissenschaftliche Rüstzeug.

Dr. Walther Rothschild / Verlag
Berlin · Grunewald**Zwei wertvolle
literarische Neuerscheinungen für das
Deutschtum in Europa****Die Deutschen unter der
polnischen Herrschaft**

Von POLONICUS

80 Seiten * Kartonierte 2.50 Rm.

In dieser mit außerordentlicher Beherrschung des gesamten Tatsachenmaterials unterbauten Schrift herrscht der Geist der Sachlichkeit und Friedfertigkeit, der zwar daran nicht vorübergehen kann, daß die Grenzziehung zwischen Polen und Deutschland ungerecht, unhaltbar, ja unerträglich ist, die jedoch betont, daß beide Reiche als Nachbarstaaten auch gemeinsame Interessen, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, haben. Wenn Polen, so heißt es in der Einleitung wörtlich, von seinem schrankenlosen inneren Chauvinismus abgebracht wird, so ist ein großer Schritt auf dem Wege der Entspannung der deutsch-polnischen Beziehungen, der inneren Konsolidierung Polens und der weiteren Befriedung Europas getan. Wir haben wenig objektive Bücher über den deutsch-polnischen Konflikt. Dieses Werk sollte nicht nur in Deutschland, sondern auch in Polen selbst eifrig Leser finden.

**Von deutschen Parteien und
Parteiführern im Ausland**

Von Dr. FRITZ WERTHEIMER

251 Seiten * Halbleinen 6.60 Rm.

... Das Buch gehört daher in den eisernen Bestand der Bibliothek jedes Politikers und Parlamentariers und ebenso eines jeden Vereins, der die Erhaltung und Förderung des Auslandsdeutschtums auf seine Fahne geschrieben hat. „Schwäbischer Merkur.“

... Ein neues Buch und Band für deutsche Einheit und gegenseitiges Verstehen in aller Welt. „Sudetendeutschland.“

... Die fleißige Arbeit Dr. Wertheimers wird bei allen denen Beachtung finden, die in der wichtigsten politischen Frage der europäischen Gegenwart: der Minderheitsfrage, auf dem laufenden sein wollen. „Freie Presse, Lodz.“

... So wird das Buch zu einem unentbehrlichen Nachschlagebuch für alle, die sich um das Deutschtum in der Welt kümmern. „Eiserne Blätter.“

Durch jede Buchhandlung zu beziehen

Zentral-Verlag G.m.b.H. / Berlin W 35
Potsdamer Straße 41